

Nr. 7

März 2009

Die Propagandistin

Zeitung der 16. Abteilung "Grünes Dreieck"

SPD

Kiez & Krise

Diesmal mit:

- Finanzkrise: unser Problem?*
- Drogen-&Trinkszene: Was tun?*
- 90 Jahre Frauenwahlrecht*
- Juso-KVV: Nachklapp*
- Hamburg: Annen vs. Jekhanipour*
- und vieles mehr!!!*

**In dieser Ausgabe:***Schwerpunkt***Kiez und Krise – betrifft uns die Not der Finanzer?****3***Aus dem Kiez***Leben im Sprengelkiez,
Alkoholverbot Leopoldplatz
Bürgergespräch Brüsseler Kiez****10***Feuilleton***90 Jahre Frauenwahlrecht****13***Politisches Lied***BAP – Verdammt lang her****20***Diskussionsforum***Juso-Nachwahlen, Lehren aus
Hamburg, Lektionen des US-
Wahlkampf, Straßenum-
bennungen****22***Humor***MdB Mierscheid & Wirtschaft****29****Vorwort**

Als ich,

liebe Genossinnen und Genossen, im Winter 2007 in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eingetreten bin, hatte ich ein Ziel: Gesellschaft verändern. Demokratie ist immer so gut, wie die Anzahl der (aktiven) Teilnehmer. Mit Begeisterung stürzte ich mich in die ehrenamtliche Arbeit, ob es um das Autos zählen an der Sprengel- Ecke Triftstraße, ob es um den wöchentlichen Stand am Leo zur Tempelhofkampagne, ob es ums Plakate zu den Quartiersratswahlen kleben oder um die Juso-Verbandswerkstatt zum Thema "wirtschaftliche Zusammenhänge" ging, ich war glück-

lich, an dieser tollen, über 150 Jahre alten "gerechten Sache" teilzuhaben. Insbesondere die Arbeit an dieser Zeitung hat immer mir besonderen Spaß bereitet.

Und hier ist sie also, die neueste Ausgabe unserer "Propagandistin", diesmal mit dem Themenschwerpunkt "Kiez": Erfahrt mehr über den Zusammenhang zwischen der Wirtschaftskrise und den Förderungsinstrumenten für Stadtentwicklung, informiert Euch über die Arbeit der im Kiez ehrenamtlich aktiven, z.B. Siemen Dallmann, "Nachbarschaftsladen Sprengelhaus", oder erhaltet Einblick in die Sichtweise von langjährigen Begleiterinnen des Quartiersrates. Wir informieren Euch außerdem über den Sinn oder Unsinn des Alkoholverbotes auf dem "Leo". Weiterhin ans Herz legen möchte ich Euch Christina Ujmas Artikel zum Thema 90 Jahre Frauenwahlrecht, der einen ernüchternden Einblick in die Fortschritte der Gleichstellung gewährt. Verpasst nicht den Bericht über die letzte Juso-KVV, die wir Jusos der 16. Abteilung nicht unmaßgeblich beeinflusst haben. Herzliche Glückwünsche an dieser Stelle an Ariane Giesler zum Vorstandsvorsitz der Kreisjusos und Sebastian Trommsdorff zum Amt des Stellvertreters. Ich bin mir sicher, auch in meiner Funktion als Gesamtkoordinator unseres Abteilungs-Juso-Arbeitskreises, dass wir mit diesem neuen Juso-Vorstand die Meinungsvielfalt des Kreises erhalten und ausbauen konnten.

Diese Abteilung hat zwei echte Flaggschiffe: Das Sommerfest im Grünen Dreieck, letztes Jahr das Highlight, und die Abteilungszeitung. Denkt bitte daran, sofern Ihr es Euch leisten könnt: Die Zeitung ist für Euch kostenlos, das Sommerfest lebt von Euren Spenden und wir würden im Superwahljahr auf ein krönendes Ereignis im Wahlkampf verzichten müssen, wenn es nicht zustande kommt, näheres im Innenteil.

Ich wünsche Euch viel Spaß und gute Unterhaltung beim Lesen unserer siebten Ausgabe.

Mit propagandistischen Grüßen

Christopher Vetter

**Schwerpunkt**

Kiez und Krise – betrifft uns die Not der Finanzer?

Kiez und Krise - betrifft uns die Not der Finanzer?**Teil 1: Finanzkrise? - Was heißt hier eigentlich Finanzkrise?**

Von welcher Gestalt ist eigentlich diese Krise, von der zur Zeit in den Medien gesprochen wird? Betrifft sie unsere Lebenswelt hier unten im Kiez überhaupt? Berührt sie die ohnehin spärlich vorhandene Berliner Wirtschaft? Bei einer strukturellen Arbeitslosigkeit von insgesamt 242.052 Menschen, also von 14,4 Prozent, könnte man ja auf den Gedanken verfallen, dass es unsereiner kaum berühren sollte, wenn Arbeitsplätze z.B. in der Autobranche verloren gehen – wo keine Arbeitsplätze sind, können auch keine vernichtet werden, sollte man für den Standort Berlin meinen, aber so einfach ist es nicht.

Diese Krise ist schon ominös: Zunächst wurde sie als "Finanzkrise" bezeichnet – ein echter Kandidat für das Unwort des Jahres. Es soll uns nämlich den Eindruck vermitteln, diese Krise sei ein Abstraktum, welches die Bürgerinnen und Bürger nicht beträfe, sondern lediglich die am Debakel Schuldigen in den Höllenschlund reißt: die feinen Herren und Damen Finanzer. Dass dem nicht so ist, lässt sich recht einfach herleiten. Unser Wirtschaftssystem ist eine Art Gleichung mit zwei Komponenten, dem Wirtschafts- und dem Finanzsektor. Krankt der Finanzsektor, kann der Wirtschaftssektor nicht gesund bleiben, denn alles steht und fällt mit der Kreditvergabewilligkeit der Banken.

Wenn diese sich nicht einmal mehr gegenseitig Geld leihen wollen, was sagen die dann wohl einem Mittelständler, der, um konkurrenzfähig zu bleiben und seine Arbeitsplätze erhalten zu können, seinen Fuhrpark erneuern, bessere Maschinen oder Materialien kaufen oder anderweitig in

seinen Betrieb investieren will. Es lebt in diesem System eben alles und jeder zunächst mal auf Pump, unsere ganze Wirtschaft basiert im Prinzip auf dem Vertrauen der Banken in die Leistungsfähigkeit des Wirtschaftspartners.

Wenn den Banken also plötzlich das Geld ausgeht, dann hat das direkten Einfluss auf den Wirtschaftssektor und folgerichtig haben wir es auch dieses Mal nicht etwa mit einer ausschließlich auf den Finanzsektor zu verortenden Krise zu tun, sondern in Wirklichkeit mit einer handfesten "Wirtschaftskrise", ja, einer Wirtschaftskrise – das ist das Wort, das sich keiner auszusprechen wagt, da der psychologische Faktor der "Stimmung im Volke" in einem System, das sich ausschließlich vom Vertrauen ernährt, an diesem Punkt nicht zu unterschätzen ist.

Hier muss auch die Regierungsbeteiligung der SPD in den letzten 11 Jahren einmal unter dem Aspekt einer weitsichtigen und erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik hervorgehoben werden, denn wie oben grob umrissen, liegt die Sollbruchstelle des hiesigen Wirtschaftssystems bei Investition- und Kreditvergabewilligkeit. Auf Seiten des Wirtschaftssektors und dessen Erneuerung hat man unter Rot-Grün schon einen tollen Job gemacht, in der Zeit nach dem 11. September ist man wirtschaftlich gut auf die Beine gekommen, in den letzten Jahren der Amtszeit von Schröder und dann über die WM frohlockten die Wirtschaftsverbände, alles sei bereit für den Boom, man habe die Weichen gestellt und die Investitionen und Umstrukturierungen für die Zukunftsfähigkeit getätigt. Wir erinnern uns auf Arbeitnehmerseite an dem Punkt natürlich mit Grausen an die großen Entlassungswellen ausgerechnet in dem Sektor, der jetzt so grandios baden geht, nämlich der Banken und Versicherungen, aber auch der Auto-, der Elektronik- sowie der Telekommunikationsbranche.

Aber: Unsere Wirtschaft war nun so gut aufgestellt, dass uns die Wirtschaftskrise bisher nicht in der Härte getroffen hat, wie sie es hätte können, denn in Krisenzeiten gehen zuerst alle Unterneh-



men baden, die ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben.

So hatten wir also auf der einen Seite einen Supervorlauf, was die Investitionen der deutschen Unternehmen angeht, mit dem Vorteil, in diesen schlechten Zeiten nicht in dem Maße auf Investitionskredite angewiesen zu sein, wie sonst üblich. Zum Anderen wurde auf dem Finanzsektor nach klassisch keynesianischer Manier massiv Geld und Bürgschaft eingerichtet, um das System zu stützen, nicht ohne den programmatisch konsequenten Winkelzug, sich von Staatsseite mit der "Stütze" auch enormen Einfluss auf das System zurückzukaufen. Wenn der HartzIV-Bezieher sich schon sagen lassen muss, in welche Richtung marschiert wird, dann gilt das auch bitteschön für die Damen und Herren Finanzexperten.

Die von der Partei, die sich "die Linke" nennt, vorgebrachten Anwürfe, für die Banken würden Milliarden verjuxt und für die Armen bliebe nichts, sind nicht haltbar: Denn wenn die Banken fallen, fällt die Wirtschaft und wenn die Wirtschaft fällt, wären wir im Handumdrehen daran erinnert, was es heißt in Armut zu leben und zwar nicht in relativer, sondern in absoluter und nebenbei in flächendeckender Armut.

Das mit der "Erstverschlimmerung der Gesamtlage zur Förderung der revolutionären Tendenzen" finden die Kommunisten heute noch super – wir Sozialdemokraten helfen lieber wo's geht und auch notwendig ist. Außerdem sind wir, nach meiner Meinung, auch nicht ganz durch die Krise durch. Sie begann im späten Herbst letzten Jahres und wenn man von einer Zeitverzögerung von zwei bis drei Quartalen ausgeht, muss man für eine letztendliche Einschätzung auf die Frühjahrs- bzw. Sommerquartalszahlen warten.

Das Wirtschaftswachstum stecken wir uns mal an den Hut für dieses Jahr, wenn die Zahlen nicht mehr nachgeben als die derzeitigen Einschätzungen, die bei einem Wachstumsrückgang von 1,6 Prozent liegen, also bei 0,2 bis 0 Prozent Wachstum in '09, können wir als SPD trotz 2001 und

2008 sagen, wir haben jedenfalls unsere Wirtschafts-Hausaufgaben die letzten 11 Jahre gemacht.

Teil 2: Und was hat das mit unserem Kiez zu tun?

Was sind nun die Auswirkungen hier im Kiez? Die Ortsvereins-Ebene ist für eine reelle Einschätzung der Bundespolitik und somit auch der Konjunkturpakete ein unbestechlicher Indikator. Hier bekommen wir mit, was die Mitbürgerinnen und Mitbürger umtreibt, hier wird uns, sobald wir uns als Sozis outen, sofort "reiner Wein" eingeschenkt. Da geht es zum Beispiel um die Stagnation der Leistungsbezüge von ALGII-Empfängern, die die Reformen von damals mittlerweile verständlicherweise in Bausch und Bogen als "asozial" verurteilen, weil sich die Regierungskoalition nicht einmal dazu durchringen konnte, die Bezüge wenigstens an die Preissteigerungsrate zu koppeln – nebenbei bemerkt, weil man dann in der Verlegenheit wäre, das Rentenniveau ebenfalls mal wieder anzuheben, die Rentnerinnen und Rentner warten darauf schon länger als die Arbeitssuchenden.

Hierin hätte übrigens auch der Schlüssel für eine Fortsetzung der Großen Koalition mit Stimmenausbau gelegen, wenn man im Zuge des Konjunkturprogramms diesen beiden Bevölkerungsgruppen, die sich am Existenzminimum bewegen, eine entsprechende Kopplung zugestanden hätte. Die Maßnahme wäre zu 100 % in die Binnennachfrage geflossen, denn wenn man nämlich arm ist, kann man auch nichts sparen. Null Sparquotensteigerung also, alles fließt direkt in den Konsum, ein volkswirtschaftlicher Volltreffer, der nebenbei den extremen Parteien das Wasser gänzlich abgegraben hätte.

Aber "hätte, wäre, wenn", davon wird nichts besser, wir tun jedoch gesamtgesellschaftlich gesehen gut daran, genau diese Gruppen und deren Wohlfahrt und Eingliederung die nächste Zeit fest im Blick zu behalten.



Nun schlägt die Finanzkrise also auch im Wedding ein. Nicht um Häuslebauerkredite und geschmolzene Aktiendepots geht es hier, sondern um stadtentwicklungspolitische Grundsicherung – das Quartiersmanagement. Das soll, so sieht es selbst das Deutsche Institut für Urbanistik, auf den Prüfstand gestellt werden, wobei gegen Evaluierung nichts einzuwenden ist, im Gegenteil: Je besser die Auswertung, desto besser das Programm. Zu einer solchen Auswertung gehören aber realistische Erwartungen. Die Annahme, mit dem Quartiersmanagement ließe sich Arbeitsmarktpolitik betreiben, war eine überzogene Erwartung an das Förderinstrument.

Die Redaktion der Propagandistin hat, bezogen auf die Wirtschaftskrise und zur Ermittlung der momentanen Stimmung im Kiez, einen Fragebogen herausgegeben, der unter anderem Aufschluss geben soll, wie die Politik zur Bekämpfung von Armut und Perspektivlosigkeit beitragen kann. Wir haben zahlreiche Rückmeldungen erhalten, die einen tiefen Einblick in die Seele des Wedding geben und wollen es uns an diesem Punkt nicht nehmen lassen, Auszüge eines besonders repräsentativen Exemplars abzudrucken:

Propa: Haben Sie das Gefühl, die Wirtschaftskrise betrifft Sie schon? Woran machen Sie das fest? - weniger Arbeit gibt (es)

Propa: Spaltet die Krise oder erfahren Sie mehr Zusammenhalt? - mehr zusammen

Propa: Wie sind Sie im Kiez vernetzt? - Telefon

Propa: Was ist Ihr Wunsch, wohin soll sich der Kiez entwickeln? - noch positiver

Propa: Was muss die Politik an diesem Punkt leisten? - Die Sachen, die wichtig sind nicht kaputt zu machen

Propa: Ihr letztes positives oder negatives Erlebnis zum Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt: - Positiv.

Die Krise wird hier sehr wohl registriert und jeder einzelne entlassene Angestellte und Arbeiter sorgt sich stark um seine Zukunft. Der dem Quartiersrat nahe stehende Interviewpartner äußert zu Recht die Angst, dass die bestehenden und er-

folgreichen Stadtentwicklungskonzepte in schlechten Zeiten geopfert werden könnten. (Im Gegenteil, sie müssen ausgebaut werden.) Ein erfolgreiches Bekämpfen der Arbeitslosigkeit würde meiner Meinung nach erst bei Überführung der sinnvollen Projekte zeitlich unbegrenzt in den "Öffentlichen Beschäftigungssektor" geschehen.

Das hätte zusätzlich den Effekt, dass die Politik sich nicht nach und nach dem Ruf aussetzt, alle positiven Entwicklungen in den Kiezen abzuwürgen, momentan wiederholt zu sehen daran, dass erfolgreiche Projektbetreiber ihr Konzept nach drei Jahren beerdigen müssen. Dass wir diese Projekte erst möglich gemacht haben, wirkt nicht so stark im Bewusstsein der Menschen nach, wie der Fakt, dass wir sie beenden. Das macht auf die Dauer miese Stimmung bei den ehrenamtlichen Leistungsträgern im Quartier. Wenn nun diese Förderinstrumente nach der Prüfung des DIFU gänzlich abgeschafft werden würden, hätte die Krise den Kiez erreicht.

Es nutzt also alles nichts, wir müssen hier vor Ort dafür kämpfen, dass für die kritischen Stadtteile noch einmal richtig Geld in die Hand genommen wird. Wenn die Krise finanzseitig keynesianisch bekämpft wird, dann muss auch auf der realen Wirtschaftsseite richtig Kohle fließen – und zwar da, wo es am meisten fehlt: hier im Kiez.

Christopher Vetter

*Auch **Deine** Spende zählt, damit wir auch in diesem Jahr wieder ein Straßenfest veranstalten können – auch wenn Du nur 10 Euro spenden kannst! Bis Ende April brauchen wir dafür 2000 Euro auf unserem Konto! Deshalb am besten gleich überweisen - Betreff Spende*

SPD Grünes Dreieck

KTO:57 30 90 70 03

BLZ:100 90 000

Bei der Berliner Volksbank



8 Fragen zur "Finanz-" bzw. Wirtschaftskrise für den Leitartikel der nächsten "Propagandistin":

Nicht alle Einsendungen unserer Umfrage waren so liebenswert einsilbig, wie die in Auszügen in der Mitte des Artikels abgedruckte Umfrageantwort. Ein ebenfalls herzerfrischendes, aber wortreicherer Exemplar erschien uns so wichtig, dass wir es hier als Ergänzung zum Leitartikel in leicht geänderter bzw. gekürzter Fassung mit abdrucken wollen:

Sehr geehrter Herr Wolfermann,

1. Zeiten der Krise führen zu
 - a) mehr Konkurrenz und Vereinzelung
 - b) mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt

Meiner Meinung nach tendenziell zu Konkurrenz und Vereinzelung.

2. Haben Sie das Gefühl, die Wirtschaftskrise betrifft Sie schon? Woran machen Sie das fest?

Ich habe viel Angelegtes und Ersparnes verloren. Der Kredit- und Wachstumsorientierte Turbokapitalismus, bei uns als soziale Marktwirtschaft verkauft, ist wie der Staatskapitalismus kein nachhaltiges ökologisch-ökonomisches Modell. Die Krise besteht schon lange und wird erst jetzt richtig sichtbar.

3. Wie sind Sie im Kiez vernetzt?

über Nachbarn, Quartiers-Rat, Quartiers-Management, Förderverein Osterkirche, AIK und viele weitere nette Menschen.

4. Was ist Ihr Wunsch, wohin soll der Kiez sich entwickeln?

Die Bewohnermischung soll sich verbessern, weniger Prekariat durch mehr Bildung und bessere Verteilung der gesicherten Arbeitsplätze (35-h-Woche, keine Überstunden)

5. Im Umgang mit Kollegen, Kunden und Freunden: Bringt die Krise Sie näher zusammen oder

weiter auseinander? Haben Sie ein konkretes Beispiel?

Im Kiez existiert die Krise schon seit den 1980er Jahren. Die strukturelle Krise hat mich immer durch persönliche Teilnahme z.B. an Betroffenenvertretungen (Sanierung Sparrstraße), Planungszellen, QR, Förderverein Osterkirche usw. näher mit den Menschen hier im Kiez zusammengebracht. Ein konkretes Beispiel? Ja natürlich, die Teilnahme am lebendigen Adventskalender ist sehr zu empfehlen.

6. Bezogen auf die Förderinstrumente im Kiez: Glauben Sie, dass diese Instrumente nachhaltig zum gesellschaftlichen Zusammenhalt im Quartier beitragen?

Ja, unbedingt, aber der bürokratische Aufwand ist teurer als die Fördergelder, und die reichen vorne und hinten nicht.

7. Was sollte man tun, um noch mehr Bürger_innen zum gesellschaftlichen Engagement zu bewegen? Ist das überhaupt möglich/sinnvoll?

Die Politik muss sich ehrlich machen, auch Bundestags- und Abgeordnetenhaus-Mitglieder sollten sich nicht nur vor Wahlen und zum Bad in der Menge an den Problemlätzen zeigen. Wir haben nur diese Stadt, dieses Land, unser Europa, lasst es die Menschen gestalten, verringert die bürokratischen Hürden!

Wenn mit der Frage nach mehr Bürgerbeteiligung gemeint ist, wie man nach dem faktisch vollzogenen Abbau des Sozialstaates die sozialen Basisaufgaben gänzlich ehrenamtlich betreiben könnte, halte ich sinnvolle Bürgerbeteiligung unter den derzeitigen Rahmenbedingungen für weder möglich noch sinnvoll, jedoch für zwingend notwendig!

8. Was muss die Politik an diesem Punkt leisten?

Zu vernunftbegabter Politik übergehen. Verblüfft stelle ich fest, dass mir der Staat, für den ich Steuern zahle, nur noch als gesichtslose Bürokratie



tie entgegen tritt, aber auf der Straße, wo meine Steuergelder für das "Gemeinwohl" eintreten sollen, fast nicht mehr zu sehen ist.

Dann fragt sich die Politik, warum alle so verdrossen sind und keiner mehr wählen geht, aber an welchem Punkt soll man sich denn mit dem Staat bzw. der Politik noch identifizieren? Ein paar Beispiele:

EU: *Mal muss die Gurke krumm sein, dann wieder gerade, das ist keine Politik, das ist Schwachsinn!*

EU: *Glühlampenverbot. Wenn nicht gleichzeitig ein 100%iges Rücknahmesystem der Ökofunzeln eingeführt wird, bekommen wir in Europa ein flächendeckende Quecksilberkontamination auf den Halden. Nur eine Minderheit wird die Altlampen zum Sondermüll bringen.*

Bund: *Jährlich wechselnde Steuererklärungen ärgern die Steuerzahler und belasten den schon stark abgespeckten Finanzverwaltungsbetrieb. Man sollte sich nicht über die notwendigerweise zu zahlenden Steuern ärgern, aber es sollte einem auch nicht so schwer gemacht werden, eine Erklärung dazu abzugeben.*

Bund: *Abgeltungssteuer vereinfacht den Reichen den Gewinn, führt aber zu Steuerausfällen und ändert in der niedrigen Steuerprogression gar nichts.*

Bund: *Die Nicht-Besteuerung des Flugbenzins ist steuerlich ungerecht gegenüber dem öffentlichen wie dem Individual-Verkehr.*

Bund: *Bundesbahn. Der Steuerzahler trägt den finanziellen Aufwand (Hbf Berlin, Kreuzungs-Bf Stuttgart, ICE-Streckenausbau). Der Gewinn hieraus fließt demnächst den Aktionären zu, wenn ich eine Aktie haben will, muss ich Anteile von etwas erwerben, das ich mein gesamtes Erwerbsleben bereits mitfinanziert habe.*

Land: *Die Erfindung der Umweltzone lässt außer Acht, dass ein Auto schon in der Herstellung den halben ökologischen Schaden anrichtet. Und ap-*

ropos Feinstaub: Weshalb darf man dann zu Silvester innerhalb der Ökozone Feuerwerk abfeuern? Nebenbei: Feinstaubbelastung lässt sich sehr effizient mit Fassadenbegrünung bekämpfen. Außerdem: Der Westwind bläst den Feinstaub sowieso von der Autobahn in die Stadt. Die Ökozone ist also eine sehr fadenscheinige Maßnahme, wenn man bedenkt, dass sie Autobesitzer dazu drängt, ihre Autos aufzugeben und der Eindruck drängt sich auf, Sie dient letztlich der Ankurbelung des schwächelnden Automobilmarktes, der seinen nächsten Produktzyklus absetzen will...

Land: *Wenn wir aus den bildungsfernen Kindern keine Steuerzahler machen, dann werden wir sie ein Leben lang durchfüttern müssen.*

Aber da hat Politik ja eine Lösung: die Bürgergremien und Plattformen nehmen einfach das Geld, das für Stadtentwicklung gedacht ist und stopfen damit die Löcher des kaputt gesparten Landesbildungshaushalts. Das ist ganz große Sozialdemokratie, so kommen wir weiter.

Wir brauchen einen regulierenden Staat. Regulierung der Ungerechtigkeit mit den dafür vorhandenen Geldmitteln, nicht Regulierung von Texten in dicken Büchern mit den dafür vorhandenen wild gewordenen Bürokraten. Ich könnte Seitenweise weiter schreiben, will es aber hierbei vorerst bewenden lassen.

Ihr letztes positives bzw. negatives Erlebnis zum Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt?

Ich wollte einen Baum mit einer Bügelsäge fällen, als mir ein Nachbar aus dem unverhältnismäßig stark vernachlässigten Volk der Zigeuner spontan die Hilfe seiner Kettensäge und seiner selbst anbot: innerhalb von zwanzig Minuten war die Arbeit getan. Tolle Nachbarschaft! "So soll es sein, so muss es sein" (Wolf Biermann)

Danke für Ihren Beitrag, die Redaktion hat sich sehr über Ihre ausführliche Auseinandersetzung mit den von uns zu Anfang dieser Ausgabe erarbeiteten Fragen gefreut.



Ruchita
Indisches Restaurant

Sonntags Buffet
• All You can eat •
Jeden Sonntag zwischen 12.00 - 17.00 Uhr
6,50 Euro pro Person

Torfstr. 9 (U-Bhf. Amrumerstr.)
13353 Berlin
Tel.: 030 - 41729813
www.ruchita.de

Täglich von
12.00 bis 24.00 Uhr geöffnet

Wettbüros, Hundehaufen und Grünflächen – was unsere Mitbürger im Kiez bewegt

Gedanken zum 6. Bürgergespräch im Brüsseler Kiez

Von Matthias Hübner

Sowohl für die Bürger, als auch für Politiker ist ein Kiezgespräch ein unerlässlicher Erfahrungsaustausch. Hier treffen Welten aufeinander, die so nur bedingt verbunden sind, auch wenn die Entscheidungen des Einen das Wohl des Anderen stark beeinflussen. Die Bürgerinitiative Brüsseler Kiez hatte am 13. März zum 6. Bürgergespräch geladen, dem ersten nach 2 Jahren Pause. Das Podium und Publikum war dabei hochrangig besetzt. Angefangen mit Christian Hanke, Bürgermeister von Berlin Mitte (Wedding, Mitte und Tiergarten), sowie VertreterInnen des Ordnungsamtes, Grünflächenamtes und des Präventionsrates. Daneben waren die BI Brüsseler Kiez sowie ca. 60 interessierte Bürger anwesend.

Diskutiert wurde über bisher erreichtes im Kiez wie die Bepflanzung von Baumscheiben oder der Promenade Antwerpener Straße sowie über die Probleme der Bürger, angefangen bei Ästen, die auf dem Radweg „zu tief“ hängen, über heruntergetretenen Rasen, Hundehaltung im Kiez generell bis hin zu Wettbüros, türkischen Vereinslokalen und rauchfreien Kiezkneipen.

Schwerpunktthema war dabei natürlich der mögliche Status als Sanierungsgebiet und die Zusammenlegung der Trift- mit der Herman-Herzog-Schule. Dabei geriet die Diskussion bei der Schulzusammenlegung schnell zu einer Grundsatzdiskussion darüber, wie gut die Schulen im Wedding sind, bei der Christian deutlich machte, dass es seinen Töchtern nicht geschadet habe, im Wedding aufs Gymnasium zu gehen. Immer wieder wurde dabei deutlich gemacht, dass der Bezirk mit seinen begrenzten Mitteln auch nur begrenzt in der Lage ist, allen Verpflichtungen adäquat nachzukommen.

Während bei den Schulen der Bürgermeister mehr oder weniger gegen das Publikum argumentierte, war in puncto Sanierungsgebieten die Meinung im Saal gespalten. Nachdem Kalle den Stand der Dinge referierte, dass eine Entscheidung zur Voruntersuchung unter anderem für den Bereich Müllerstraße gefallen ist, wurden Vorbehalte über die Auswirkungen von Sanierungsgebieten laut.

Im Vergleich zu den Sanierungsgebieten im abgelaufenen Zeitraum wird es allerdings dieses mal so sein, dass es lediglich eine Förderung von öffentlichen Baumaßnahmen geben wird, alle anderen Maßnahmen von privaten Eigentümern werden unter anderem über eine bessere steuerliche Absetzbarkeit von Bautätigkeiten gefördert. Deshalb und wegen der eher fraglichen Wiederholbarkeit von starken Aufwertungen von Kiezen, wie sie etwa in Prenzlauer Berg zu beobachten waren, wird mehrheitlich von der BI Brüsseler Kiez die Meinung vertreten, dass die Auswirkungen im Bereich Müllerstraße keine wesentlichen Veränderungen in der Mieterstruktur des Kiezes bringen werden. Im Bereich des hoffentlich zukünfti-

gen Sanierungsgebietes wird es außerdem Bestandsschutzvereinbarungen für die Mieter geben, die verhindern sollen, dass die alteingesessenen Mieter verdrängt werden.

Im Zusammenhang mit den anstehenden Voruntersuchungen zu den Sanierungsgebieten waren Wettbüros und geschlossene Vereinslokale ein stark beanstandetes Thema. Hier waren sich Bürger und Vertreter der BI sowie aus der Politik einig, dass insbesondere die steigende Anzahl von Wettbüros einen negativen Einfluss auf die Umgebung haben. Eine Patentlösung ist in diesem Bereich jedoch nicht zu erwarten, da in Deutschland grundsätzlich Gewerbefreiheit besteht und über festgelegte Bebauungspläne nur an bestimmten, vorrangig wichtigen Punkten derartige Etablissements ausgeschlossen werden können.

Zu unterschiedlichen Bewertungen kam es im Zusammenhang mit Diskussionen um eine mögliche Verkehrsberuhigung auf der Genter Straße. Während von den Bürgern der viele und in den Nachtstunden zu schnelle Verkehr beklagt wurde, verwies Christian Hanke auf die in Kürze zur Aufstellung geplanten Dialogdisplays, welche bei zu hoher Geschwindigkeit zum langsamen Fahren mahnen und bei erlaubter Geschwindigkeit in grün „Danke“ anzeigen. Dieses System hat sich an anderen Standorten bewährt und soll in der Genter Straße an 2 Standorten für etwa 3 Monate getestet werden und in dieser Zeit von den vorbeifahrenden Fahrzeugen Daten über die Geschwindigkeit sowie deren Gesamtanzahl pro Tag und Stunde sammeln.

Alles in allem würde ich die Veranstaltung als gelungenen Austausch zwischen scheidern und ‚Betroffenen‘ bezeichnen, bei dem die Einen die Sorgen und Probleme der anderen kennengelernt haben. Man-

chen Problemen wird die Politik im Bezirk Mitte durch einfache Maßnahmen begegnen können, für andere, wie die chronische Unterfinanzierung der Schulen, sind vor allem die Landespolitiker verantwortlich. Es ist jedoch wichtig, sich auch über das Maß von Wahlkämpfen oder vorgeschriebener Bürgerbeteiligung zusammensetzen, wobei eine gewisse Verantwortung auch bei den Organisatoren liegt. Sie müssen den Spagat schaffen, die verantwortlichen Stellen einzuladen und gleichzeitig eine gewisse Prominenz zu bekommen, um die Bürgergespräche für mehr Bürger attraktiv zu machen. Leider war es in diesem Zusammenhang schade, dass niemand aus dem Bereich Stadtentwicklung für diese Veranstaltung abkömmlich war. Dies wäre aufgrund der vielen Fragen und Vorbehalten zu Sanierungsgebieten sehr wünschenswert gewesen.

Für uns als SPD Ortsgruppe gehen wir in der Kommunalpolitik damit in die richtige Richtung, doch wird es bei verschiedenen Bürgergruppen wichtig sein, die Vorbehalte, zum Beispiel gegen Sanierungsgebiete oder Straßenumbenennungen, nicht beiseite zu lassen, sondern zu entkräften. Es sind die einfachen Leute, wie man früher immer sagte, die sich Sorgen um ihre Wohnung machen, Leute, die bei der nächsten Wahl ihr Kreuz woanders machen könnten.

**Gemeinsam,
nicht getrennt!**

Wenn es um die Vermittlung von Werten geht, dürfen wir die Schulklassen nicht spalten. Für die Schülerinnen und Schüler in den Berliner Oberschulen muss es heißen: Gemeinsam, nicht getrennt!

Deshalb haben wir den gemeinsamen Ethikunterricht eingeführt und den seit über 60 Jahren bestehenden freiwilligen Religionsunterricht erhalten. Voneinander und miteinander lernen, das ist uns wichtig. Für Toleranz, Gewaltfreiheit, Gleichberechtigung, für Solidarität und Demokratie.

www.spd-berlin.de

KAPUTZEN FÜR UNSER LAND.
SPD



Aus dem Kiez

*Hier gibt's Neues aus dem Brüsseler Kiez
und Sprengelkiez*

Leben im Sprengelkiez: Zahlen, Fakten, Impressionen

Aus „der Kiezboote“ 6/2008, von H. Grünewald

An einem feuchtkalten Samstag im November referierte der parteiunabhängige Kiezboten-Redakteur Siemen Dallmann im Rahmen einer Veranstaltung der Partei “Die Linke” im Wedding über die Entwicklung des Sprengelkieses. Ort der Begegnung war das Lokal “Bei Ernst”. Ob das schlechte Wetter, der von arbeitstätigen BürgerInnen oft als Einkaufstag reservierte Samstag oder das parteiabhängige Angebot für die geringe Besucherzahl verantwortlich waren, ist denn auch reine Spekulation. Interessant, informativ und anregend waren Vortrag und anschließende Diskussion allemal.

Siemen Dallmann referierte über die soziale und gesellschaftliche Entwicklung des Sprengelkieses, der, seit er 1999 zum QM-Gebiet wurde, die Segnungen des Programms “Soziale Stadt” genießt, also Fördermaßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der soziokulturellen Strukturen erhält. Dem Referat zugrunde lag das Monitoring “Soziale Stadtentwicklung 2007”, das eine geografische Klassifizierung von Stadtgebieten nach so genannten “Verkehrszellen” unternimmt. Diese “Verkehrszellen” entsprechen ihrer Größe nach nicht den QM-Gebieten, sondern sind weiträumiger gefasst.

Im Falle des Sprengelkieses umfasst die Verkehrszelle 0091 ‘Rathaus Wedding’ auch den Bereich Müllerstraße bis zum Kanal und den Brüsseler Kiez, so dass die erhobenen Daten und Zahlen letztendlich kiezspezifisch interpretiert werden müssen. In der Rangliste der insgesamt 319 Verkehrszellen landet die Zelle ‘Rathaus Wedding’ auf Rang 301 und zählt so zu den 20 “problematischsten” Stadtgebieten in Berlin. Die Tendenz in Richtung “niedriger Sozialstatus” konnte nach Angaben von Siemen Dallmann in den letzten

Jahren nicht unterbrochen oder in spürbarer Weise aufgehoben werden. 32 % der Menschen im Sprengelkiez erhalten sogenannte “Transfereinkommen”, sind also von staatlicher Unterstützung abhängig. Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund beträgt 57 %. Eines der besonders auffälligen Merkmale in Gebieten mit niedrigem Sozialstatus ist die geringere Lebenserwartung...” das heißt konkret, die Menschen im Wedding sterben früher als z.B. Menschen in Zehlendorf...” (S. Dallmann).

Die Kinderarmut im Kiez, ein weiteres signifikantes Merkmal der Unterprivilegierung, liegt nach Angaben des Referenten inzwischen bei über 60 %. Nimmt man dieses Kriterium als Hinweis für die desolante Perspektive junger Menschen im Hinblick darauf, in der Gesellschaft Fuß zu fassen, so ergibt sich summa summarum alles andere als ein frohgestimmtes Gesamtbild. Dennoch wurde in der Veranstaltung immer wieder die Mobilisierung der Gegenkräfte betont: Ein unglaublich reiches Leben an Initiativen, Projekten, Vereinen, Gewerbetreibenden und Einzelpersonen, die mit ihrem Engagement nicht nur symbolisch Zeichen setzen, sondern gewillt sind, an realen Veränderungen und Entwicklungen mitzuwirken, um dem bedrohlichen Trend entgegenzuwirken.

In diesem Zusammenhang stellt sich folgerichtig die Frage nach dem Programm “Soziale Stadt” und den Quartiersmanagements. Da das Programm 2014 auslaufen soll (siehe Artikel im Kiezboote 6/2008 auf den Seiten 6-7) sind die BürgerInnen und ihr Einsatz verstärkt gefragt und es muss gegenwärtig konsequent über die Strukturen im Kiez und ihrer “Verstetigung” nachgedacht werden. Deutlich wurde in der Diskussion, dass eine überspannte Erwartungshaltung an Sozialprogramme und Quartiersmanagements sinnlos seien, da viele ökonomische, politische und gesamtgesellschaftliche Faktoren außerhalb der Einflussphäre solcher zeitlich und regional begrenzter Hilfsmaßnahmen liegen. Zu befragen seien unsere Politiker dennoch – nämlich wie in Zukunft ihr “politischer Wille” bezüglich benachteiligter Gebiete aussehen wird.



Ruchita
Indisches Restaurant

Wir testen, prämiieren und veröffentlichen Qualität
Gastro-Gold

Wir bieten Ihnen große Räumlichkeiten für Ihre Festlichkeiten.
Ob Geburtstagsfeiern, Betriebsfeiern oder Hochzeiten.
Wir bieten den richtigen Platz für Feiern aller Art.

Torfstr. 9 (U-Bhf. Amrummerstr.)
13353 Berlin
Tel.: 030 - 41729813
www.ruchita.de

Anerkennung hervorragende Leistung Gastronomie des Landes
RESTAURANT RUCHITA
Turfstr. 9
13353 Berlin
Indisches Restaurant

Hoch gehüpft ist noch längst nicht weit gesprungen - Gedanken zum Alkoholverbot auf dem Leopoldplatz.

Von Sebastian Trommsdorff

Ihr habt es vielleicht schon gelesen, aber für den Leopoldplatz gilt jetzt ein Alkoholverbot. Eine super Sache könnte man meinen... Unser Juso-AK und dementsprechend auch ich, beschäftigt sich seit geraumer Zeit kritisch mit der Szene am Leopoldplatz. Und für uns stellt sich das Ganze etwas anders dar. Vorneweg möchte ich hier festhalten, dass unter anderem von mir am Anfang der Diskussion auch eher repressive, kurzfristige Maßnahmen für die Handlungsebene vorgeschlagen wurden. Meine Idee war zum Beispiel die Errichtung einer „mobilen Polizeiwache“, wie sie zum Beispiel in Köln (wo sonst?!) sehr erfolgreich eingesetzt wird. Nikolaus hatte die Idee, dort Kameras aufzustellen, wie es zum Beispiel in Großbri-

tannien und auch den Niederlanden praktiziert wird.

Andere hatten eher den betreuerischen Ansatz: man müsse den Leuten helfen und sie von der Falschheit ihres Tuns überzeugen... Christopher als unser Vorsitzender moderierte diese zum Teil hitzig geführte Diskussion sehr gut und konnte auch aufgrund seiner eigenen Erfahrungen die Debatte sehr gut „erden“. Da wir als AK keine Beschlüsse fassen dürfen, haben wir uns dann informell auf eine Vorgehensweise geeinigt.

Repressive Maßnahmen greifen zu kurz!

Ergebnis bei uns war jedenfalls, dass repressive Maßnahmen, wenn überhaupt, als „Ultima-Ratio“ eingesetzt werden sollten, da sie nicht das Problem lösen, sondern nur verschieben.

Jetzt ist das Alkoholverbot da.

Ist das Problem dadurch gelöst? Meiner Ansicht nach ganz im Gegenteil. Noch ist dieses Krebsgeschwür der Sucht und der damit einhergehenden sozialen Verwahrlosung massiv sichtbar. Jeder der dort entlang geht, erkennt die Problematik. Auch ist das ganze dort leichter zu analysieren und vielleicht sogar zu beheben. In diese Richtung geht auch unser Vorschlag, welchen ich als Mitglied des Quartiersrats Pankekiez für den Juso-AK in die Projektberatung für das Jahr 2009 eingebracht habe. Dieser Antrag, der es in die engere Auswahl der förderungswürdigen Projekte geschafft hat, hatte das Ziel, alle betroffenen Parteien von der Krabbelgruppe über die Kiezläufer bis hin zum Komasaüfer nach und nach an einen Tisch zu bringen und, untermauert von einer Sozialstudie, Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Nach dem Alkoholverbot ist das Ganze erheblich schwieriger. Weder hat man die Szene besser unter Kontrolle, noch ist den Anwohnern geholfen, wenn diese Menschen nun an jeder Ecke stehen. Was bringt es uns im Kiez, wenn die Alkies/Junkies jetzt nicht mehr in einer großen Gruppe am Leopoldplatz rumhängen, sondern sich in kleinere Grüppchen aufteilen? Am Zeppe-

linplatz, Sparrplatz, Metzgerplatz, im Sprengelpark, im Schillerpark, vor dem Rathaus Wedding und in anderen Grünanlagen. Kurzum: Es wird an den Symptomen herumgedoktert, nicht aber die Wurzel des Problems angegangen. Denjenigen unter euch, die an die Wirksamkeit dieser Maßnahme glauben, möchte ich nur eine Frage stellen: „Glaubt Ihr ernsthaft, dass sich deswegen irgendjemand der dort Betroffenen nun die Drogen abgewöhnen wird?“

Was ist denn die Alternative?

Als ersten Schritt sollte dieser Beschluss zumindest für den Leopoldplatz zurückgenommen werden. Hier am Leo geht es, anders als am Alex, nicht darum, Touristen Potemkinsche Dörfer vorzuführen, in der Hoffnung sie würden dann mehr Geld ausgeben, sondern darum, ein noch halbwegs intaktes Kiezumfeld in einem ersten Schritt zu stabilisieren und in einem zweiten, dritten etc. Schritt wieder den sozialen Zusammenhang herzustellen, den es hier laut Aussagen vieler Bewohner einmal gegeben hat. Der Leopoldplatz ist meiner Ansicht nach ein Brennglas dessen, was versteckt in sämtlichen ihn umgebenden Kiezen so abgeht. Ein deutliches Zeichen dafür ist auch das Bestreben, den Brüsseler Kiez zum Sanierungsgebiet zu erklären. Noch gibt es dort Diskussionen, ob es notwendig sei, ein Sanierungsgebiet zu werden. Wenn sich die Szene dort erstmal etabliert hat, wird mit Sicherheit auch dem letzten klar sein, wie dringend nötig dieses Engagement war und ist. Erste Anzeichen dafür gibt es schon auf der Brüsseler Straße.

Meiner Ansicht nach sollten wir uns ein ernsthaftes und langfristiges Konzept erarbeiten, wie den bereits Betroffenen geholfen werden kann und wie präventiv dem Abrutschen weiterer Personen in dieses Umfeld Einhalt geboten werden kann. Dazu ist es ebenfalls nötig, alle für diesen Bereich zuständigen Akteure miteinander zu vernetzen. Zum Beispiel durch das Schaffen eines „Runden Tisches Leopoldplatz“ (Vorschlag des Juso-AK im QR-Pankekiez). Dieser könnte dann das Gremium

werden, in dem sich kiez- und QR-übergreifend Lösungsansätze erarbeiten ließen.

Impressum:

Die „Propagandistin ist die Mitgliederzeitung der 16. Abteilung „Grünes Dreieck“ im Brüsseler und im Sprengelkiez der SPD Berlin Mitte

Verantwortlicher Koordinator für diese Ausgabe:

Christopher Vetter

REDAKTION & AUTORINNEN.

Christina Ujma, Udo Sack, Hanno Winter, Julian Wittmann, Uwe Ostendorff, Rico Todzi, Sebastian Trommsdorff, Matthias Hübner, Johannes Berger, H. Grünewald, Joshua Kwesi Aikins

REDEGATION:

J. Wittmann, T. Kunow, C. Vetter

LAYOUT & DRUCK:

H. Winter, C. Vetter, M. Hübner & KSH Druckerei

ANZEIGEN:

S. Trommsdorff, M. Hübner

V.i.s.d.P.:

Udo Sack,
Kurt-Schumacher-Haus,
Müllerstraße 163, 13353 Berlin

KONTAKT:

propagandistin@gruenes-dreieck.de



Schwusos Mitte
jeden 3. Dienstag, 19.°°^{Uhr}

SPD

@Café Schraders

>das transschwules/bisiche Treffen der SPD<
Malplaquetstr. 16 b/ Ecke Amsterdamer Str. ,13347 Berlin



Feuilleton

Geschichte und Geschichten aus der Sozialdemokratie

(K)ein Grund zu Feiern?

90 Jahre Frauenwahlrecht, aber noch immer keine Politik für Frauen

von Christina Ujma

Es war ein historisch zu nennender Moment: Beim Festakt im Bundeskanzleramt saßen Ursula von der Leyen, Angela Merkel und Alice Schwarzer Schulter an Schulter und freuten sich über 90 Jahre Frauenwahlrecht. Merkel und andere konservative Frauen sprachen zudem den Aktivistinnen ihren Dank aus und betonten: ohne die Frauenbewegung wären sie nie dort gelandet, wo sie jetzt sind, d.h. weder im Bundeskanzlerinnenamt noch in diversen Ministerien.

Dieser Schulterschluss markiert so etwas wie eine Versöhnung der Konservativen mit der Frauenbewegung. Denn eigentlich waren vor allem die christlichen Konservativen von Anfang an harte Gegner des Frauenwahlrechts wie von Frauenrechten überhaupt. Eigentlich hätten deshalb beim Festakt zur Feier des Frauenwahlrechts im Bundeskanzleramt vor allem die Parteien der Linken glänzen müssen, denn es ist dem Drängen der SPD zu verdanken, dass das allgemeine Frauenwahlrecht 1919 in die erste demokratische Verfassung aufgenommen wurde. Die Weimarer Koalition, die die Verfassung ausarbeitete, war diesbezüglich nicht sonderlich einig, das katholische Zentrum war teilweise gegen das Frauenwahlrecht eingestellt, die DDP (Deutsche Demokratische Partei 1918-1930) war zwar dafür, aber nach guter liberaler Art hätte sie auch anders gekonnt.

Wie Richard Evans eindrücklich nachgewiesen hat,^[1] war die klare Haltung der SPD wiederum Clara Zetkin zu verdanken, die mit ihrer "Gleichheit" zu den stärksten Propagandistinnen des Wahlrechts gehörte. Nachdem Clara Zetkin und die ihren die SPD in Richtung USPD bzw. KPD verließen, wurden die sozialdemokratischen Frauen lange zum lahmen Verein, dessen Hauptaufgabe

karitative Arbeit und das Kaffeekochen für die Genossen war. Es war die USPD, die darüber hinausgehende Zeichen setzte; auf ihrer Liste kandidierten die prominenten linken Frauenrechtlerinnen Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg. Kurt Eisner schuf in der Münchner Räterepublik die erste Staatssekretärinnenstelle für Frauenfragen. Die linken Parteien hätten also guten Grund gehabt, sich etwas auf dieses Jubiläum einzubilden, stattdessen trat beim Festakt die sozialdemokratische Ministerin Brigitte Zypries auf, die betonte, dass Frank-Walter Steinmeier auch ganz nett sei.

Abschied vom antifeministischen Kulturkampf

Traditionell waren die progressiven Parteien und diejenigen, die für Emanzipation kämpften, meist auf einer und die Rechten auf der anderen Seite. Konservatismus und Frauenbewegung waren sich nicht nur in Deutschland meist spinnefeind. Hier, wie in allen Ländern, in denen der Katholizismus politischen Einfluss hatte, mussten auch die kleinsten Fortschritte gegen die Männer des Vatikan erkämpft werden. Selbst die Schulpflicht für Mädchen stieß in Südeuropa auf den Widerstand der katholischen Kirche und ihrer Parteien. Säkulare Schulen, in denen Mädchen mehr lernten als Stricken, Kochen und Beten waren Gegenstand des Kulturkampfes und europaweit umstritten.

Unsere Frauen wollen weder zur Schule oder Universität noch wählen gehen, hieß lange Zeit die Argumentation von Katholiken und Konservativen. Und ob sie wollten! Das zeigte sich gleich 1919, als in Deutschland zum erstenmal das allgemeine Wahlrecht galt und 82% aller weiblichen Wahlberechtigten zur Urne gingen. Die SPD wurde mit dem von ihr maßgeblich betriebenen allgemeinen Wahlrecht und der rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau in der Weimarer Verfassung allerdings nie so recht glücklich. Spätestens als die Arbeitslosigkeit nach dem Ersten Weltkrieg aufgrund von Wirtschaftskrise und demobilisierten Soldaten massiv anstieg, wurden Maßnahmen zur Verdrängung von Frauen aus

dem Arbeitsleben angestrebt. Dabei waren es nicht die traditionellen Tätigkeiten, die man ihnen streitig machte. Die Frauen durften auch weiterhin verkaufen, kochen, putzen, pflegen oder nähen, aber die besser bezahlten und interessanteren Jobs galten immer potentiell als Männerjobs, in der Industrie wie im Angestelltenbereich.

Mit dem 1919 eingeführten allgemeinen Frauenwahlrecht war Deutschland allerdings vielen seiner Nachbarn voraus, wie Frankreich und Italien, die sich erst 1945 anschlossen. Großbritannien gewährte 1918 immerhin wohlhabenden Frauen über dreißig das Wahlrecht. Als dies 1928 zugunsten einer Angleichung von Männer- und Frauenrechten geändert wurde und auch junge Frauen zugelassen wurden, gab es bei den Wahlen 1929 prompt einen Erdrutsch zugunsten von Labour, was die Konservativen den Frauen und dem Wahlrecht sehr übelnahmen. Dass Frauen grundsätzlich eher konservativ wählen würden, ist nämlich weniger Faktum als Populärmythos. Selbst die modernen Wahlforscher, die sich die Auswertung der Wahlstatistiken der Weimarer Republik noch einmal vorgenommen haben, konnten feststellen, dass die Kluft zwischen männlichem und weiblichen Wahlverhalten weniger ausgeprägt war, als vordem angenommen.



Heutzutage ist unbestritten: Frauen wählen eher die Parteien der Linken und die CDU hat gerade bei den jüngeren Frauen ein ernsthaftes Problem. Die Versuche Merkels und von der Leyens, sich einem modernen Frauenbild zu öffnen, sind sicherlich auch in diesem Kontext zu betrachten. Auch die Linkspartei hat Probleme damit, bei den Wählerinnen anzukommen, machte aber bislang keine Versuche, dies durch eine frauenpolitische Offensive zu verändern, was schwer nachvollziehbar ist, denn viele ihrer Themenfelder wie z.B. Armutsbekämpfung oder Mindestlohn sind ausgesprochen frauenrelevant.

Damenwahl – Welche Wahl haben Frauen in der Politik?

Chantal Louis betont in einem Beitrag zu dem Sammelband "Damenwahl – Vom Kampf um das Frauenwahlrecht bis zur ersten Kanzlerin", dass sich Frauen in ihrer Wahlentscheidung stark von Frauenthemen beeinflussen lassen und dass ihre gegenwärtig sinkende Wahlbeteiligung nicht unbeeinflusst davon ist, dass diese von der Tagesordnung der meisten Parteien verschwunden sind.[2] Dieses Buch zeugt von einer Art postfeministischer Frauenpolitik der besonderen Art. Es ist ein von Alice Schwarzer herausgegebenes Emmabuch, zu dem Angela Merkel das Geleitwort geschrieben hat, und allein dadurch eine kleine Sensation. Es macht einen doppelten Umbruch deutlich: Eine Kanzlerin, die die Rolle einer radikalen Frauenrechtlerin, Schriftstellerin und Intellektuellen wie Hedwig Dohm hervorhebt, ist sicherlich ein Novum. Interessant ist auch, dass Merkel als einzige Autorin zumindest 'en passant' die soziale Frage erwähnt. So hebt sie an der Einführung des allgemeinen Wahlrechts auch hervor, dass es auch die ärmeren Männer vom Dreiklassenwahlrecht befreite und mahnt eine Gleichstellung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt an, während sich die sonstigen Beiträge sehr darauf beschränken, Erreichtes zu feiern.

Der Schwerpunkt von "Damenwahl" liegt auf Kurzporträts von erfolgreichen und frauenpolitisch zumindest irgendwie bewussten Frauen al-

ler Parteien, verfasst von Tissy Bruns und Chantal Louis. Beide sind versierte Journalistinnen, deren Hintergrund sich allerdings sehr unterscheidet. Während Bruns Chefkorrespondentin des Tagespiegel ist, arbeitet Louis für Emma. Beide haben sich die Arbeit so geteilt, dass Bruns die Politikerinnen der Linken und Louis die der Rechten porträtiert. Die Kurzporträts reichen von Katja Kipping und Petra Pau über Bärbel Höhn und Renate Künast, Hannelore Kraft und Heidi Wieczorek-Zeul und anderen SPD Frauen bis zu Anette Schavan und Ursula von der Leyen nebst einer größeren Zahl von CDU-Frauen bis hin zu CSU-Politikerinnen.

Das Buch ist streng nach Parteienproporz quotiert und darauf aus, Erfolgsgeschichten zu erzählen, was auch gelingt, denn wie sich bei den geschilderten Politikerinnen eindrücklich nachvollziehen lässt, haben zumindest diese Frauen einiges erreicht und darüber ihre weniger privilegierten Geschlechtsgenossinnen nicht vollkommen vergessen. Dass der überparteiliche Ansatz des Buches eine kritische Analyse weitgehend verbietet, versteht sich von selbst, aber bestimmte Muster lassen sich dennoch erkennen. Am Frappierendsten ist die Schlussfolgerung, dass mit Frauenpolitik kein Blumentopf, d.h. kein Spitzenamt in der Politik zu gewinnen ist. Denn keine der Frauen ist frauenpolitisch sonderlich ausgewiesen, keine kommt aus den Frauenorganisationen der Parteien oder hat sich einen Namen als Frauenpolitikerin gemacht, woraus sich einmal mehr der subalterne Status der Frauenfrage in der bundesdeutschen Parteipolitik ableiten lässt.

Ganz im Gegenteil, ähnlich wie Kanzlerin Merkel mussten die "Damen" erst einmal ihre Tauglichkeit bei klassischen, männlich konnotierten Themen unter Beweis stellen, bevor sie überhaupt Frauenthemen ansprechen durften, es sei denn, es gehört zu ihrem direkten Verantwortungsbereich, wie bei Ursula von der Leyen. Deutlich wird auch, dass es anders als bei den Männern keine vorgezeichneten Aufstiegswege gibt und sich die "Damen" meist als Einzelkämpferinnen durchsetzen mussten. Qualifikationen spielten dabei eine

größere Rolle als Seilschaften. Es ist wirklich erstaunlich, dass unter den porträtierten Politikerinnen einzig die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth über keinen höheren Schulabschluss verfügt. Woraus sich folgern lässt, dass es mit der politischen Repräsentation breiter Bevölkerungsschichten bei den Frauen noch schlechter steht als bei den Männern.

Abgesehen von hoch profilierten Frauen wie Bärbel Höhn oder Heidi Wieczorek-Zeul ist die Mehrheit der Politikerinnen doch durch Mimikry an der Männergesellschaft hochgekommen, d.h. immer schön bescheiden bleiben und bloß nicht zu hübsch und nicht zu hässlich, nicht zu schrill und nicht zu kantig, nicht zu klug oder intelligent, aber natürlich immens kompetent sein. Wie es einer Politikerin gehen kann, die sich nicht in diese Normen fügt, hat das Beispiel Andrea Ypsilanti gezeigt, die von vielem zu viel hatte: Schönheit, Selbstbewusstsein, Beharrlichkeit und Machtwillen. Das gilt immer noch als Provokation, die hysterische Medienkampagne machte es überdeutlich. Dass es gerade eine überangepasste Frau wie Carmen Everts bzw. ein Berufsoportunist wie Jürgen Walter waren, die Ypsilanti schließlich ins Messer laufen ließen, zeigt, dass Abweichung von der rigiden Weiblichkeitsnorm von beiden Geschlechtern nicht toleriert wird. Eine Thematisierung dieser Problematik hätte "Damenwahl" sicher gut getan.

Heimatloses Erbe der Frauenbewegung

Man kann also konstatieren: Das Erbe der Frauenbewegung ist entweder politisch heimatlos geworden oder bei den modernen Konservativen untergeschlüpft. Dies ist nach der frauenpolitischen Pleite der rot-grünen Regierungsperiode nachvollziehbar. Ob Enttäuschung wirklich ein guter Ratgeber ist, wird man sehen, denn die Vertreter des frauenpolitischen Dunkeldeutschland, d.h. die Kirchhoffs, di Fabios und Eva Hermanns warten nur auf ihre Zeit. Man muss es von der Leyen und den modernen Konservativen allerdings lassen, dass sie ihre Projekte mit viel Standvermögen durchgezogen haben. Hysterische Bi-

schöfe am Rande des Nervenzusammenbruchs, keifende Antifeministen beiderlei Geschlechts und die parteiübergreifende Koalition, die das Recht des Mannes auf seine Hausfrau verteidigte, konnten sie nicht aus der Bahn werfen. Mit dem Ausbau der Kleinkindbetreuung und dem Elterngeld haben sie gleich zwei wichtige Vorhaben durchgesetzt, die seit Jahrzehnten auf den Programmen von sämtlichen linken Parteien standen. Die durchaus nicht unumstrittenen Maßnahmen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern, stärken die sozialen Rechte von Frauen mit Kindern und mindern die Abhängigkeit vom alleinverdienenden Ernährer. Viel mehr kann man von der CDU aber vermutlich nicht erwarten, schon gar keine Initiativen zur Gleichstellung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die anders als die Förderung der Kinderbetreuung auch nicht mehr so einfach mit der demographischen Entwicklung zu begründen sind.

In ihrem Familienreport aus dem Februar 2009 konnte Ministerin von der Leyen erste Erfolge dieser Maßnahmen konstatieren.[3] Die Geburtenrate ist ein bisschen angestiegen, die Quote der Väter, die auch für zwei oder mehr Monate Elterngeld beantragen, steigt stetig, besonders natürlich in Berlin und anderen Großstädten, aber selbst ein CSU-Landrat kam kürzlich mit seinem Wickelvolontariat in die Schlagzeilen. Reproduktionsarbeit ist damit nicht länger etwas, das unsichtbar und unentgeltlich von Frauen geleistet, sondern wenigstens ansatzweise als gesellschaftliche Aufgabe begriffen wird.

Zudem, wie auch Ministerin von der Leyen in ihrem Bericht betonte, rechnet sich das Elterngeld für die Familien. Insgesamt sind doppelverdienende Paare besser davor geschützt, in Armut abzurutschen; fällt ein Einkommen weg, bleibt immerhin ein zweites. Hinzuzufügen bleibt, dass Frauen, die nicht wegen Kindererziehung aus dem Arbeitsmarkt aussteigen und sich irgendwann nach der Babypause einen Minijob suchen, sondern ihre steuer- und sozialversicherungspflichtigen Jobs behalten, nicht nur der eigenen Absicherung, sondern auch dem Gemeinwohl Vorschub leisten.[4] Von der Leyen will es mit dem bisher Erreichten nicht bewenden lassen, sondern plant eine Ausweitung der Männermonate, des Kinderzuschlags und eine Initiative zur Förderung der überproportional von Armut und Hartz IV betroffenen Alleinerziehenden, womit sie einmal mehr die Forderungen abarbeitet, die die rot-grünen Regierungen unerledigt gelassen haben.

Statt Frauenpolitik steht allenthalben Familienpolitik auf der Agenda, was in Deutschland, im Unterschied zu den meisten europäischen Nachbarländern, immer noch vorwiegend auf die finanzielle Besserstellung alleinverdienender Familienväter ausgerichtet ist. Während bei vielen europäischen Nachbarn längst Konsens ist, dass Ausgaben für die Familien- und Kinderförderung besser an die Mütter bzw. an den vornehmlich erziehenden Partner gehen müssen, die dieses Geld eher den Kindern zukommen lassen, gibt es in der Bundesrepublik immer noch einen Aufschrei,

Juso-AK

Podiumsdiskussion zum Thema:

"Drogenszene rund um'n Leopoldplatz?"

*Konsum und Lebensperspektive im Kiez;
Kontroverse um das Alkohol-Platzverbot"*

-  War das Alkoholverbot sinnvoll?
-  Auswirkungen für umliegende Kieze
-  Gibt es erfolgreiche Konzepte?
-  Prävention für Jugendliche

Alle an diesen Problemen interessierten sind herzlich eingeladen mitzudiskutieren!

Mittwoch 25.03. 19 Uhr
Im Kurt-Schuhmacher-Haus
Müllerstraße 163

Veranstalter:
Juso-AK „Grünes Dreieck“
in Berlin-Mitte



wenn Mütter direkt gefördert werden, wie z.B. beim Erziehungsgeld. Dies ist als Lohnersatzleistung für Erziehungspersonen konzipiert. Einwände, dass damit eine Ungleichbehandlung vorläge, sind bei anderen Lohnersatzleistungen, z.B. beim Krankengeld oder beim ALG I, bislang noch nicht vorgebracht worden.

Die linken Parteien und Zeitschriften waren mit dem Elterngeld nie so richtig glücklich geworden. Statt Mäkeleien über das Elterngeld und die Förderung der Kleinkindbetreuung hätte man auf Seiten der Gewerkschaften und der linken Parteien aber auch eine politische Offensive zur Besserstellung der miserabel bezahlten Erzieherinnen, Kleinkindbetreuerinnen und Tagesmütter starten können. Aber der perfiden Logik, dass wenn vor dem privat und unentgeltlich erledigte Reproduktionsarbeiten schon gesellschaftlich organisiert werden, wenig mehr als die Existenzsicherung dabei herauspringen darf, mag sich niemand so richtig widersetzen. Die magere Entlohnung von Krankenschwestern oder Altenpflegerinnen ist ein weiteres Beispiel hierfür. Kindergärtnerin bzw. Erzieherin und Krankenschwester sind aber keineswegs geringqualifizierte Berufe, sondern erfordern eine mehrjährige Ausbildung, die in einem derartig

eklatanten Missverhältnis zur späteren Bezahlung steht, dass selbst Männer, die sich für dieses Metier interessieren, davor zurückscheuen, hier tätig zu werden. Frauen können dagegen auf dem nach Geschlechtern segregierten deutschen Arbeitsmarkt kaum mehr erwarten, weshalb sich bei Ihnen diese Berufe weiterhin großer Beliebtheit erfreuen, zumal sie einen starken sozialen Anspruch haben und sich damit deutlich von den Büroberufen unterscheiden, dem anderen großen Sektor, in dem Frauen mit mittleren und gehobenen Qualifikationen arbeiten.

Traditionell war die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt das Terrain der Parteien der Arbeiterbewegung, aber gegenwärtig steht Gleichheit nicht auf deren Tagesordnung. Noch nicht einmal bei dem 2006 in Anpassung der bundesdeutschen

Gesetzgebung an EU-Vorgaben verabschiedeten Gleichstellungsgesetz konnte man sich dazu durchringen, ein bisschen mehr zu fordern. Folgerichtig steht die Bundesrepublik bei der Ungleichheit der Löhne weit vorne und wird zunehmend von internationalen Organisationen kritisiert. Die Hürden beim Zugang zu hochqualifizierten Stellen tun ein übriges, um die Lage der Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu verschlechtern. Man rühmt sich gerne der gutausgebildeten Frauen, aber deren Chancen, ihre Ausbildung beruflich angemessen zu verwerten, sind nur bedingt gegeben. Dabei haben unsere nordeuropäischen Nachbarländer und selbst Österreich Mechanismen in der Antidiskriminierungspolitik aufgebaut, die relativ einfach zu kopieren wären. Wenn sich der DGB wie im November 2008 einmal dazu durchringt, Aktionen gegen Lohnungleichheit zu machen, finden diese relativ wenig Widerhall in der linken Politik.

Zum Internationalen Frauentag am 8. März werden sämtliche linken Parteien wieder ihre weitgehend identischen frauenpolitischen Forderungen aus den Akten kramen. Das gerät angesichts von deren frauenpolitischer Unsichtbarkeit immer mehr zum peinlichen Event, zu einer Art feministischer Muttertag: Einmal im Jahr gibt's blumige Forderungen als Entschuldigung für die Untätigkeit in der restlichen Zeit.

Politik für Gartenzwerge und Besitzstands wahrer

In der Frauenpolitik ist die Kluft zwischen einer gewandelten Gesellschaft und der politischen Kaste besonders spürbar. Für diese sind nur die Teile der Facharbeiterschaft und des Bürgertums maßgeblich, die sich in ihren Einfamilienhäusern in den Vororten verschanzen und staatlich hoch subventioniert durch Ehegattensplitting und Pendlerpauschale ihre Hausfrauenehen, Distinktionsrituale oder Kleingärten pflegen. Dabei ändern sich Frauenrolle und Beziehungsarrangements in Deutschland und Europa rapide. Besonders in Frankreich, Skandinavien und Großbritannien ist die Hausfrau und damit die traditionelle

Ehe am Aussterben, Kinder werden zunehmend von unverheirateten Paaren großgezogen. In Deutschland ist der Osten diesbezüglich Vorreiter: Ein Drittel aller Kinder werden dort von unverheirateten Eltern betreut, was angesichts der massiven steuerlichen Begünstigung der Ehe einerseits auf ein hohes Autonomiebestreben schließen lässt, aber dann belohnt der Staat steuerlich wirklich nur besser betuchte Alleinverdiener und beraubt durch die Bedarfsgemeinschaft arbeitslose Ehepartner ihrer sozialen Rechte.

Die Abschaffung des Ehegattensplitting, das eben nur Besserverdienende und die Hausfrauenehe fördert, nicht aber Kindererziehung oder Ehen mit anderer beruflicher Lastenverteilung, ist zwar eine alte Forderung aller linken Parteien, aber in den rot-grünen Regierungsjahren geriet dieses Vorhaben, wie so viele soziale Vorhaben, vollkommen in Vergessenheit. Was zur Folge hat, dass die Bundesrepublik mit einem kostspieligen System dasht, das jährlich zwar 20 Milliarden kostet, aber Arme und Alleinerziehende benachteiligt. Es macht "Doppelverdienende" finanziell unattraktiv, und stellt der Arbeitsaufnahme von Ehefrauen ernsthafte Hürden entgegen, was ihre finanzielle Absicherung im Alter, aber auch ihre Möglichkeiten zum Broterwerb generell und vor allem aber nach einer Scheidung beeinträchtigt. Mittlerweile ist selbst die FDP für die Abschaffung des Ehegattensplittings, das dermaßen eklatant den Gleichheitsgrundsatz verletzt, dass es eigentlich kaum mit dem Gleichstellungsgebot in der Verfassung im Einklang stehen kann. Zyniker könnten nun sagen, dass es damit vielleicht endlich Aussichten für Fortschritte in dieser Frage gibt.

Von den Rechten wird man kaum eine Änderung des tradierten Politikverständnisses erwarten können, das den Mann zum politischen Maß aller Dinge macht und für Frauen allenfalls etwas übrig hat, wenn es um reale oder potentielle Mutterschaft geht. Ein Politikverständnis, das die politischen und sozialen Belange von Frauen unabhängig von Beziehungsstatus oder Kindern im Blick hat, ist auch nach 90 Jahren Frauenwahlrecht noch nicht in Sicht. So bleibt dies eine Herausfor-

derung für die Parteien der Linken, die damit Substanz, Glaubwürdigkeit und Wählerinnen gewinnen könnten.

Christina Ujma arbeitet als Wissenschaftlerin und Autorin in Berlin. Sie schreibt in Sozialismus regelmäßig über Italien.

- [1] Richard J. Evans: German Social Democracy and Women's Suffrage 1891-1918, Journal of Contemporary History, 1980, S. 533-557.
- [2] Damenwahl, Hrsg. von Alice Schwarzer. Mit Texten von Tissy Bruns & Chantal Louis und einem Geleitwort von Kanzlerin Merkel, Köln 2008.
- [3] <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=120244.html>
- [4] Zur politischen und theoretischen Begründung dieser Politik vgl. Malte Ristau: Der ökonomische Charme der Familie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23-24, 2005, S. 18-23

Eure Kritik oder Beiträge könnt Ihr loswerden unter:

propagandistin@gruenes-dreieck.de

Unser nächster Schwerpunkt wird Europa sein, verantwortlicher Koordinator dafür ist Udo Sack

Aktuelle Infos zu den Terminen der Abteilung findet Ihr unter:

www.gruenes-dreieck.de

**außerdem auf unserer Homepage:
„wir diskutieren“ ... Hintergründe
und Links zu den Themen unserer
Mitgliederversammlungen**



ufer Café

gemütliche Klavierstube

Nordufer 4 . 13353 Berlin
Telefon: (030) 45 02 18 72

Inhaber und Musiker - Falki und Robert



mit schönem
Biergarten



Täglich geöffnet
von 16.00 bis 04.00 Uhr
Sonntags bis 24.00 Uhr

- An fast allen Tagen bieten wir euch ein interessantes Rahmenprogramm!
z.B.:
- jeden Sonntag ab 16:00 Uhr Kaffeeklatsch mit Live Musik
- jeden Sonntag ab 21:30 Uhr Chansonabend
- jeden Mittwoch um 21:00 Uhr Filmabend

GUTSCHEIN
für eine Berliner Weiße mit Schuß
(NATÜRLICH ROT!)
Bei Abgabe dieses Gutscheins!



Politisches Lied

Die SPD war stets auch eine Kulturbewegung. Daher gibt es jedes Mal ein neues

BAP – Verdammt lang her

Dieses Lied der Kölner Rockband BAP ist recht bezeichnend für den Gemütszustand der Jusos in Berlin-Mitte in diesen Zeiten in denen wir eigentlich geschlossen für einen Sieg der SPD und unserer Kandidatin Eva Högl kämpfen sollten.

Das Original

Verdamp lang her dat ich fast alles aehnz nohm
verdamp lang her dat ich ahn jet jeglaeu
un dann dae Schock wie't anders op mich zokohm
merkwuerdich wo su manche Haas langläuff
nit resigniert nur reichlich desillusioniert
e bessje jet hann ich kapiert

Wer alles wenn dir't klappt hinger dir herrennt
ding Schulter klopp wer dich nit al hofiert
sich ohne ruut zu wedde dinge Fründ nennt
un dich daachs drop janz einfach ignoriert

Et ess lang her dat ich vür sujet ratlos stund
un vür Enttäuschung echt nit mieh kunnt

Ich weiß noch wie ich nur dovun jedräump hann
wovunn ich nit woss wie jet söke sollt
vuur lauter Sookerei et Finge jlatt versäump hann
un üvverhaup wat ich wo finge wullt

Nen Kopp voll Nix nur die paar instinktive Tricks
et duhrt lang besste dich durchblicks

Dat woor die Zick wo ich noch nit ens Pech hat
noch nit ens dat ich hatte nit ens satt
he woor John Steinbeck do stund Joseph Conrad
dozwesche ich nur relativ schachmatt

Ess paar Johr her doch die Erinnerung fällt nit schwer
hück kütt mer vür als wenn et Jestern woor

Verdamp lang her verdamp lang verdamp lang her
verdamp lang her verdamp lang verdamp lang her

Froochs mich wann ich zoletz e Bild jemohlt hann
ob mir e Leed tatsächlich jetzt jenösch
ob ich jetzt do been wo ich hinjewullt hann
ob mir ming Färv op die Tour nit verdrüsch

Übersetzung

Verdammt lang her, dass ich fast alles ernst nahm
Verdammt lang her, dass ich an etwas geglaubt
Und dann der Schock, wie es anders kam als gedacht
Merkwürdig, wo so mancher Hase lang läuft
Nicht resigniert, nur reichlich desillusioniert
ein bisschen was habe ich verstanden

All die, die wenn es bei dir läuft hinter dir herrennen,
deine Schulter klopft, all die die dich hofieren,
sich ohne rot zu werden dein Freund nennt,
und dich Tags darauf ganz einfach ignoriert.
Es ist lang her, dass ich vor so etwas ratlos stand
Und vor Enttäuschung echt nicht mehr konnte

Ich weiß noch, wie ich nur davon geträumt habe
Wovon ich nicht wusste, wie ich es suchen sollte,
vor lauter Sucherei glatt das Finden versäumt habe
und überhaupt, was ich wo finden wollte.
Den Kopf voll mit Nichts, nur ein paar instinktive Tricks
Es dauert lang, bis du dich zurecht findest.

Das war die Zeit, wo ich noch kein Pech hatte,
noch nicht einmal das, ich hatte sie noch nicht einmal
Satt.

Hier war John Steinbeck, da stand Joseph Conrad,
dazwischen ich – nur relativ schachmatt.
Es sit ein paar Jahre her, aber die Erinnerung daran fällt
nicht schwer

Heute kommt es mir vor als ob es gestern geschah

Verdammt lang her, verdammt lang her – verdammt
lang her
Verdammt lang her, verdammt lang her – verdammt
lang her

Fragst mich wann ich das letzte Mal ein Bild gemalt
habe

Ob mir jetzt ein Lied tatsächlich genügt,
ob ich jetzt da bin wo ich hinwollte,



Ich gläuv ich wees ob de nut laut mohls oder lees
't kütt nur drop ahn dat do et dies

Verdamp lang her verdamp lang verdamp lang her
verdamp lang her verdamp lang verdamp lang her

Verdamp lang her dat ich bei dir ahm Jraav woor
verdamp lang her dat mir jesproche hann

un dat vumm eine och jet beim andre ahnkohm
su lang dat ich mich kaum erinnre kann

Häss fess jegläuv dat wer em Himmel op dich waat
"Ich jönn et dir" hann ich jesaat

Verdamp lang her verdamp lang verdamp lang her
verdamp lang her verdamp lang verdamp lang her
verdamp lang her verdamp lang verdamp lang her
verdamp lang her verdamp lang verdamp lang her

Verdamp lang her verdamp lang verdamp lang her
verdamp lang her verdamp lang verdamp lang her

ob meine Farbe auf diesem Weg nicht verblasst.
Ich glaube, ich weiss, ob du laut maulst oder leise
Es kommt drauf an dass du es tust

Verdammt lang her, verdammt lang her – verdammt
lang her

Verdammt lang her, verdammt lang her – verdammt
lang her

Verdammt lang her, dass ich bei dir am Grab war.
Verdammt lang her, dass wir miteinander gesprochen
haben.

Und das etwas von dem einem auch beim anderem
ankam

So lange, dass ich mcih kaum daran erinnern kann.
Hast fest geglaubt, dass der Himmel auf dich wartet,
ich gönn es dir, habe ich gesagt

Verdammt lang her, verdammt lang her – verdammt
lang her

Verdammt lang her, verdammt lang her – verdammt
lang her

Klein Zaches



Inh.: Niels-J. Kristiansen
Antwerpener Str. 43 13353 Berlin - Wedding
Telefon (030) 453 60 07

**Täglich geöffnet von
17:00 – 04:00 Uhr**



Diskussionsforum

Dies ist die Plattform für politische Debatten

Tradition verbindet – wo die beiden Flügel gemeinsam schlagen.

M. Hübner

Man glaubt es nicht, aber vor weniger als drei Jahren war ein mickriges Häuflein von nicht mal dreißig Jusos zusammengekommen, um der Auflösung des eigenen Vorstandes durch Christian Hanke beizuwohnen, zur Selbstauflösung war der Vorstand leider nicht in der Lage. Jetzt, am letzten Mittwoch, kamen sage und schreibe 76 stimmberechtigte Parteimitglieder unter 35 Jahren zusammen. Gerade für uns Weddinger Jusos ist das ein enormer Erfolg, vor allem vor dem Hintergrund, dass wir jetzt einen eigenen Sitz im Juso-Kreisvorstand inne haben. Oberflächlich betrachtet.

Tatsächlich ist es aber so, dass die Zahl der aktiven Jusos konstant bei einem knappen Dutzend liegt. All die anderen sind von den Beteiligten mobilisierte Unterstützer, welche nicht wirklich über die Hintergründe bei den Jusos Bescheid wissen. Das ist auch gar nicht weiter schlimm. Was jedoch schlimm ist, ist die Tatsache wer dort mobilisiert hat. Eine Fremdbestimmung darf auf keinen Fall geduldet werden. Weder von der einen Seite noch von der anderen Seite. Schon immer gab es Versuche, die Jusos für die eine oder die andere Seite zu vereinnahmen. Manchmal gelang dies auch. Am Ende jedoch blieben die Jusos als geschwächter Verband zurück. Das können wir Jusos uns nicht mehr leisten.

Es darf nicht sein, dass eine von außen gesteuerte Gruppe aufgrund kurzfristiger Interessen bereit ist, den ganzen Laden „in die Luft zu jagen“. Dies wäre aufgrund der tatsächlich eher geringen Anzahl von aktiven Jusos für die weitere Arbeit des Juso-Verbandes über den nächsten Wahlkampf hinaus tödlich. Diejenigen, die ein langfristiges über das eigene Ego hinausgehendes Interesse an den Jusos haben, sind sich einig, dass die Gefahr

besteht, dass die Jusos zu einer optisch aufgehübschten, aber ansonsten belanglosen Projektionsfläche für wechselnde, von außen vorgegebene Slogans zu verkommen drohen.

Und an diesem Punkt treffen wir uns. Die gemeinsame Herkunft, die meisten von uns haben Jusos und Partei zu einer Zeit kennengelernt, als die Partei und auch die Jusos noch sehr viel lebendiger, vor allem aber näher an ihren Wählern war. Das gemeinsame Interesse an den Jusos als eigenständige, unabhängige, machtvolle, konstruktive aber eben auch kritische Interessenvertretung der Jungen in der SPD und der Gesellschaft vereint Traditionalisten beider Couleur.

Ein weiterer Punkt, der für beide Seiten eine sehr große Rolle gespielt hat, war der bei einigen Beteiligten vorherrschende Irrglaube, nicht schriftlich sondern auf der Basis von gegenseitigem Vertrauen und Respekt geschlossene Vereinbarungen seien nicht bindend. Man war der Meinung, man könne nun „alles neu und besser“ machen ohne auch nur den Versuch zu starten, einen Konsens mit den bereits aktiven Zellen bei den Jusos herzustellen. Wer meint, er könne auf erhebliche Teile der Jusos verzichten, sollte sich nicht wundern, wenn genau diese Teile einen Konsens untereinander erreichen, welcher die Beteiligung Aller und eben nicht nur einer Gruppe vorsieht.

Respekt und Vertrauen sind die Grundlagen einer jeden Zusammenarbeit und diese Grundlagen bestehen zwischen der Juso-Linken und den Aufbruch-Jusos zu genüge hier in Berlin-Mitte. Des Weiteren sollte gerade in Wahlkampfzeiten ein größeres Augenmerk auf jene Gemeinsamkeiten gelegt werden, die alle „echten“ Jusos teilen. Wenn wir nur eines oder auch zwei unserer gemeinsamen Ziele zusammen umsetzen, haben wir mehr erreicht als so manch Andere, die betriebsblind den eigentlichen Sinn und Zweck von politischem Engagement aus den Augen verloren haben.

Also geht es hier letztendlich wieder mal nicht um die Jusos an sich, sondern es tobt hier ein Rich-



tungsstreit, ob wir die alte, basisdemokratische, föderale „bottom-up“ Idee verfolgen oder die neue, zentralistische, angeblich moderne „top-down“ Ideologie einführen. Und wieder stehen wir an einer Stelle, wo sich die „echten“ Jusos treffen. Wir haben ein gemeinsames Interesse daran, Entscheidungsstrukturen und –wege transparent zu halten, um so die Beteiligung Aller am Willensbildungsprozess sicher zu stellen.

Dieser „globale Konsens“ führte letztlich dazu, dass eine gemeinsame Arbeitsgrundlage gefunden wurde. Ergebnis dieses „globalen Konsens“ war die Nominierung Arianes zur Vorsitzenden durch unseren Juso-AK, sowie die Unterstützung von unserem Kandidaten für den stv. Vorsitz durch die Juso-Linke. Am Ende einer spannenden Wahlsitzung konnten wir konstatieren, dass die Zusammenarbeit gelungen ist. Ariane ist unsere neue Vorsitzende und Sebastian wurde als Stellvertreter in den Juso-KV gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

Von Obama lernen heißt siegen lernen - Lektionen aus dem US-Wahlkampf.

Von Sebastian Trommsdorff

Entgegen der im Allgemeinen kommunizierten Ansicht, Obamas Wahlkampf sei besonders modern gewesen, ist das Gegenteil der Fall. Stattdessen ist zu konstatieren, dass die Demokraten einen modernen Wahlkampf mit höchst traditionellen Methoden geführt haben. Es ist eben nicht so gewesen, dass die Wähler hauptsächlich über Internet, TV und andere Massenmedien angesprochen wurden, sondern mit hoher professioneller Erfassung und Schulung Haus für Haus und Telefonanschluss für Telefonanschluss von Freiwilligen abgeklappert wurde und mit hohem persönlichen Aufwand versucht wurde zu überzeugen. Auch wurde erfolgreich mit allen Mitteln versucht, traditionelle Bündnispartner, wie zum Beispiel die Gewerkschaften, für eine Mitarbeit zu gewinnen.

Ich habe verschiedene Punkte im US-Wahlkampf gesehen, die meiner Ansicht nach auf den Wahlkampf hier in Deutschland übertragbar sind. Darunter sind auch Allgemeinplätze, welche aber leider hier bei uns immer mehr in den Hintergrund treten.

Der Kandidat muss in seinem Wahlkreis fest in die Gesellschaft integriert sein und als Teil eben jener Gesellschaft erscheinen. Er muss das vorherrschende Lebensgefühl seines Wahlkreises möglichst genau widerspiegeln.

Er muss eine, allerhöchstens zwei, griffige „Messages“ kommunizieren, welche ihn von den anderen Kandidaten unterscheidbar macht. Es ist eben nicht der „Bauchladen“ der zieht, sondern einzelne Themen.

Es muss durch Inhalte/Slogans verdeutlicht werden, dass man für etwas Neues, und darin impliziert, Positives steht und eben nicht für das Vorangegangene/Negative.

Es sollte ein mit dem Wählerwillen kongruentes positives Ziel formuliert werden. So wird ein Gefühl von Gemeinsamkeit zwischen Wähler und Kandidat generiert. Dabei ist Anbiederung, wie zum Beispiel „Freibierfeten“, zu vermeiden. Der Wähler will ernst genommen werden.

Desweiteren sollten Zielgruppen, welche gesondert angesprochen werden wollen, definiert werden. Für diese muss eine gesonderte Ansprache konzipiert werden.

Der Wähler muss so oft wie nur irgend möglich einzeln und persönlich angesprochen werden.

Traditionelle Partner vor Ort, wie zum Beispiel die AWO oder auch Kleingartenvereine, müssen ins Boot geholt werden. Mit ihnen sind gemeinsame Aktionen zu gestalten.

Eine sehr wichtige Zielgruppe steht meiner Ansicht nach bereits fest: die Gruppe der Nichtwähler. Bei dieser Gruppe ist Folgendes festzuhalten:



Wir sollten bei diesen Menschen nachfragen, weshalb sie nicht mehr wählen gehen. Nachfrage und Zuhören ist angesagt und nicht Ansprache und Anbiederung! Wir sollten diese Gruppe ernst nehmen und nicht meinen, wir könnten sie mit „Giveaways“ und Freibier kaufen. Das wäre eine Beleidigung deren Intellekts. Durch das Zuhören wird sich relativ schnell zeigen, wo diesen Menschen der Schuh drückt und wie man diese Menschen wieder für uns gewinnen kann.

Wahlwerbung muss invasiv sein, sie muss „nerven“, da sie sonst nicht wahrgenommen wird. Was unsere Wahlwerbung angeht, so halte ich persönlich nichts von der bisherigen Praxis, die halbe Stadt vollzuplatkieren. Zwar fällt diese Form der visuellen Umweltverschmutzung auf, aber nicht gerade positiv. Ganz im Gegenteil: Es findet eine (Über)sättigung des Wählers vom Kandidaten statt, noch bevor er zur Wahl steht. Man sollte nicht so sehr die Bundesslogans wiederholen, sondern vielmehr einen eigenen Slogan für den Wahlkreis kreieren und diesen dann unter allen Umständen beibehalten. Desweiteren scheint es mir sinnvoll, auch für klar definierte Zielgruppen eigene Slogans zu verwenden, welche besser auf das Lebensgefühl der jeweiligen Gruppe eingehen. Für all dies können und sollen natürlich moderne Medien eingesetzt werden, um diesen doch recht traditionellen Ansatz von Wahlkampf auf der Höhe der Zeit zu halten.

Hamburg und die Lehren welche „linke Jusos“ daraus ziehen sollten.

Von Sebastian Trommsdorff

Als ich das erste Mal davon hörte, dass es für Nils Annen (seines Zeichens ehemaliger Juso-Bundesvorsitzender, abgebrochener Dauerstudent und das außenpolitische Talent in der SPD-Bundestagsfraktion) und seine Bundestagskandidatur eng werden könnte, hielt ich das Ganze noch für eine Übertreibung, wie sie auch aus meinem Mund kommen könnte, und kümmerte mich nicht weiter um diese Geschichte.

Erst als die PL über die Medien anfang, über den, zugegebenermaßen schlechten Stil der Gegenkandidatur Ilkhanipours zu wettern und sogar die Bundesspitze dazu nötigte, sich für Annen bei den Hamburger Genossen zu verwenden, wurde ich wieder aufmerksam. Von „Unterwanderung“, „Putsch“ und von „herangekarrten Mitgliedern“ war da die Rede. Selbst Münte konnte die dortigen Delegierten, allesamt im Juso-Alter, nicht dazu bringen, ihren ehemaligen Bundesvorsitzenden ein weiteres Mal in Eimsbüttel aufzustellen.

Wenn das so stimmen würde, hätte Ilkhanipour meinen tiefen Respekt für sein professionelles Agieren gehabt. Das wäre eine handwerkliche Meisterleistung gewesen. Vor allem nachdem auch Münte die Delegierten anscheinend einzeln angerufen hatte. Also ich glaube einer von den Harten zu sein, aber ob ich mich einem Münte nicht gebeugt hätte, wage ich nicht abzuschätzen. Die Hamburger Jusos standen jedenfalls wie eine Eins.

Zu den Vorwürfen, die der Ilkhanipour-Truppe gemacht werden, ist erst einmal festzustellen, dass es nicht möglich ist, eine Partei in dieser Form zu unterwandern. Wenn man nicht amtlich in einem Wahlkreis gemeldet ist, hat man dort kein Wahlrecht. Punkt. Putschen ist in einem demokratischen System, wie es die SPD immer noch ist, ebenfalls nicht möglich. Jedes ordentlich gemeldete Mitglied ist stimmberechtigt... Wenn jemand durch fernbleiben sein Stimmrecht nicht wahrnimmt, ist er, respektive sie, selber Schuld und hat keinerlei Recht sich zu beschweren. Punkt.

Was das „Herankarren“ von Mitgliedern angeht, so kenne ich das unter dem Label „Mobilisierung“, deswegen macht die SPD auch in regelmäßigen Abständen Wahlkampf, um eben die eigenen Unterstützer an die Urnen zu bringen. Punkt.

Ein weiterer Fakt der gegen die von der Parteilinken bundesweit in die Welt gesetzten Mär spricht, man habe nichts gehaut, sind deren eigene Protagonisten. Im Quartalsblatt (mittlerweile aus dem



Netz genommen, mir aber als PDF vorliegend) „Wir in Stellungen“ wird genau dargelegt, wie die Wahl dort ablief, nämlich mit Kampfkandidaturen und harten Abstimmungsblöcken. Auch wird dort geschrieben, ihr Ortsverein sei einer der ersten gewesen, in dem gewählt wurde. Jeder halbwegs wache Ex-Juso hätte also gewarnt sein müssen, wenn er so etwas mitbekommt.

Austeilen dürfen nur die Linken. Wenn es einmal andersherum kommt, dann wird das Ergebnis nicht akzeptiert und stattdessen mit Verve die Wiederholung des Wahlgangs gefordert. Ich sehe das Problem eher im Dilettantismus der tonangebenden Genossen vor Ort. Die haben sich in Hamburg einfach eine „suboptimale“ Satzung zugelegt. Wie kann es sein, dass Ilkhanipour seine Kandidatur erst nach den Delegiertenwahlen erklären kann und sich damit im Einklang mit der Satzung befindet? Ilkhanipour kann sogar mit Fug und Recht sein Unverständnis über die Aufregung dieser Leute äußern... Er hat die Parteilinien in Hamburg ja nicht gemacht, sondern ausschließlich stringent angewendet.

Für mich sind alle diese Leute, außer Annen, schlechte Verlierer.

Dass Niels Annen zwar sauer ist, sich aber jeder öffentlichen Äußerung enthält, zeigt meiner Ansicht nach, dass er sich durchaus darüber bewusst ist, wer ihn da abgeschossen hat: Rechte Jusos die sich seit Jahr und Tag nicht nur auf Juso-Bundesebene heftigsten Anfeindungen, Mobbing und übler Nachrede ausgesetzt sehen. Permanent werden Sozialdemokraten unter 35 mit zum Teil übelsten Methoden von den Jusos und deren Meinungsbildungsprozessen ferngehalten. Das ist der auch der Grund, warum so wenige von diesen „Jungsozis“ überhaupt noch zu den Jusos gehen. Warum auch? Viel sinnvoller ist es doch, sich direkt bei der Partei zu engagieren und dieses Häuflein „Alt-71'er“ links liegen zu lassen, was auch immer mehr junge Genossen so handhaben. Ich möchte mich jetzt nicht inhaltlich zu den Jusos äußern, aber wenn man sich mal sehr genau durchliest, was die Jusos so sagen, schreiben und

tun, dann fällt einem auf, dass die Ideen, Thesen sowie die Beschlusslage der Jusos mehr mit dem Parteiprogramm einer anderen Partei übereinstimmen als mit dem der SPD.

Aber zurück zu den Hamburger Jusos: Diese verrückten „Rechten“ sind tatsächlich zu den Jusos gegangen ...: auf BuKos, Themenkonferenzen und was es sonst noch so an Sandkastenspielen für Jungsozialisten gibt. Unter anderem sind sie dort auch mit Hilfe von Wahlbetrug fertig gemacht worden. Dies wird noch nicht einmal bestritten, sondern auf BuKos auf dem Podium und vor laufender Kamera als Anekdote erzählt und führt nur zu allgemeiner Belustigung.

(siehe dazu im Internet:

<http://www.youtube.com/watch?v=LgUggfkHUVE>,
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,552532,00.html>,
<http://www.shortnews.de/start.cfm?id=709670>)

Das war zu Zeiten von Niels Annen so und so ist es auch jetzt noch. Gerade dies aber können junge Menschen nur schwer ertragen, besonders wenn mit dem „zukünftigen Kanzlerkandidaten“ der „alleinregierenden SPD“, für den sich ja jeder Juso erst einmal hält, in dieser Art und Weise umgegangen wird.

Das hat mit Politik nur noch wenig zu tun, das ist eher eine persönliche Sache!

Es gibt ein Sprichwort, das ihr sicher alle kennt: „Man trifft sich immer zweimal im Leben“. Das ist übrigens Quatsch. Man trifft sich dutzende, wenn nicht gar hunderte Male wieder. Und diese Jungs und Mädels, die sich im Prinzip abgrundtief verachten, sollen sich jetzt gegenseitig wählen? So viel Format haben die wenigsten der Jusos.

Die Frage, die sich meiner Ansicht nach linke Jusos stellen sollten, ist jene, ob die Linken bereit sind in Kauf zu nehmen, wenn Gleiches mit Gleichem vergolten wird? Ich persönlich finde die Vorgehensweise von Ilkhanipour und den Seinen unehrenhaft, aber verstehen kann ich es. Dort geht es nicht mehr um Parteilinien oder Inhalte, es geht



darum, persönliche Verletzungen zu rächen und solche auch mal auszuteilen anstatt immer nur einstecken zu müssen. Ist aber dieser Punkt erreicht, steht man quasi vor einer Bankrotterklärung des inneren Zusammenhaltes der SPD. Das ist übrigens der gleiche Ausdruck einer Geisteshaltung, wie sie ein Lafontaine, ein Clement und Andere mittlerweile gerne an den Tag legen. Dies ist auch dieselbe Geisteshaltung, die so viele unserer Mitglieder dermaßen ankotzt, dass sie die SPD verlassen. Manche, eigentlich zu viele, wechseln zur PDS in der Hoffnung, dass es dort besser sei. Leider, oder besser Gott sei Dank, geht es dort noch viel schlimmer zu.

Aber zurück zu den Hamburger Jusos:

Rechtfertigt jugendlicher Heißsporn das Vorgehen hinreichend? Disqualifiziert Hass als Triebfeder des persönlichen und politischen Agierens den Handelnden nicht per se für jedes Amt? Ich halte dies für extrem bedenkenswert.

Mit Kolonialisten im Kiez?

Nachdruck aus „Afrika im Wedding“, Berlin 2007

Text: Joshua Kwesi Aikins

Anders Erinnern

Straßennamen im afrikanischen Viertel ehren bis heute die sogenannten „Kolonialpioniere“ für ihre Beteiligung an der gewaltsamen Ausbreitung des deutschen Kolonialreiches. Beispielsweise die Lüderitzstraße: Franz Adolf Eduard Lüderitz (1834-1886) war ein Bremer Kaufmann, der in einer Folge von Vertragsabschlüssen mit Namaführern Land an der Küste des heutigen Namibia erwarb. Lüderitz machte seine Vertragspartner wie den Namaführer Joseph Fredericks glauben, die im Vertrag angegebenen geographischen Meilen seien identisch mit der Fredericks bekannten englischen Meile. In Wirklichkeit waren sie aber fast viermal so lang. Fredericks, der davon ausgegangen war, dass er einen schmalen unfruchtbaren Küstenstreifen an Lüderitz verkaufte, verlor auf diese

Weise fast sein gesamtes Land. Im April 1884 erwarb Lüderitz den „Reichsschutz“ für diese Gebiete. Er erreichte so den direkten und offiziellen Eintritt des Deutschen Reiches in die Gruppe der Kolonialmächte. 1886 erkrankte der Bremer Kaufmann während einer Erkundungsfahrt an der Mündung des Oranjestromes. Schon bald darauf wurde er durch die deutsche Kolonialbewegung zum heldenhaften „Kolonialpionier“ stilisiert. Die „Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika“, Erbin von „Lüderitzland“, nannte die namibische Bucht Angra Pequena nun „Lüderitzbucht“, den Hafenort „Lüderitz“.

Eng verbunden mit Lüderitz' Unternehmungen sind die Aktivitäten des Arztes und Forschungsreisenden Gustav Nachtigal (1834-1885), nach dem 1910, anlässlich seines 25. Todestages, ein zentraler Platz im Afrikanischen Viertel benannt wurde. 1884 übernahm Nachtigal die Funktion des „Reichskommissars für Westafrika“. Militärisch gestützt auf die Kanonenboote der deutschen Marine, installierte er die deutsche „Schutzherrschaft“ über die heutigen Staaten Togo, Kamerun und Namibia. Als Bevollmächtigter der Regierung Bismarck wurde er damit zum offiziellen „Begründer“ des deutschen Kolonialreiches. Nachtigal beglaubigte auch Lüderitz' betrügerische Landerwerbungen, obwohl er genau wusste, wie sie zustande gekommen waren.

„Mkono wa damu“

Am deutlichsten wird die selektive Erinnerung, die der Täter, nicht aber der Opfer des deutschen Kolonialismus gedenkt, an der Geschichte der Petersallee. Carl Peters (1856-1918) wurde 1892 nach mehrmaligen Ermahnungen vom Auswärtigen Amt nach Deutschland zurückbeordert. Zuvor hatte er den Kilimandscharo mit Waffengewalt für Deutschland „erschlossen“ und dem Auswärtigen Amt empfohlen, die dort ansässigen Warombo „auszurotten wie die Rothäute Amerikas, um ihr breites und fruchtbares Gebiet der deutschen Kultivation zu gewinnen.“ Bereits 1884 hatte Peters als Leiter einer schwer bewaffneten Expedition in Ostafrika eine Reihe von „Verträgen“



mit lokalen Führern abgeschlossen. Gewalt und Betrug – wie in Namibia wurden die afrikanischen Unterzeichner häufig über die deutsche Interpretation des Vertragsabschlusses getäuscht – legten so den Grundstein für die spätere Kolonie „Deutsch-Ostafrika“. 1885 erhielt Carl Peters für diese Gebiete einen „Schutzbrief“ des deutschen Kaisers. Sein gewaltsames und betrügerisches Vorgehen brachte ihm bei der afrikanischen Bevölkerung den Namen „mkono wa damu“ (Kiswahili: „der mit den blutigen Händen“) ein. Aus Protest gegen den Austausch Sansibars gegen Helgoland mit Großbritannien initiierte er die Gründung des „Alldeutschen Verbandes“, eine Vereinigung, die sich durch ein aggressiv imperialistisches Programm und nicht minder aggressive antisemitische Parolen hervortat.

Im Oktober 1891 ließ Peters seinen Diener Mabruk und kurz darauf seine Dienerin Jagodjo hinrichten. Der vorgebliche Grund dafür war „ein grober Vertrauensbruch, dessen Wiederholung das Leben von Weißen bedroht hätte.“ Bald darauf erfuhr das Auswärtige Amt jedoch das tatsächliche Motiv für die Morde: Eifersucht. Dies berichteten afrikanische, britische und deutsche Zeugen übereinstimmend. Peters konnte es nicht ertragen, dass Jagodjo, die er auch zu sexuellen Diensten zwang, ein Verhältnis mit seinem persönlichen Diener hatte. In Deutschland kritisierten kolonialkritische Kreise die Grausamkeit und die „Entgleisungen“ des „Hänge-Peters“. 1897 wurde Peters aus dem Staatsdienst entlassen. 1914 wurde er jedoch vollständig rehabilitiert. Zwanzig Jahre später, im Dritten Reich galt er als einer der „Großen Deutschen“, dessen Leben aufwändig verfilmt wurde. 1939 wurde ein Teil der Londoner Straße im Afrikanischen Viertel in „Carl-Peters-Allee“ umbenannt.

In den achtziger Jahren kritisierten mehrere kolonialkritische Initiativen diese Namensgebung. Daraufhin handelte die zuständige Verwaltung: Die Straße wurde jedoch nicht umbenannt. Vielmehr wurde sie 1986 „umgewidmet“ – sie soll jetzt an Hans Peters erinnern. Der Berliner Jurist Dr. Hans Peters (1896-1966), der sich während der

NS-Zeit um die Rettung verfolgter jüdischer Bürger bemühte, hätte es sich sicherlich nicht träumen lassen, dass sein guter Name einmal als Lückenbüßer für einen Antisemiten und Kolonialverbrecher herhalten würde.

Argumente für Straßenumbenennungen im Afrikanischen Viertel

Johannes Berger

Wer mit Erinnerungstafeln und Hinweisschildern über die Namensgebung für die Straßen und Plätze im Afrikanischen Viertel informieren und aufklären will, der wird gar nicht umhin kommen, auch die Umbenennung bestimmter Straßen ins Auge zu fassen und letztlich zu betreiben.

Denn es wird mittels der Informationen klar werden, dass hier Straßen und Plätze nach einem Mörder, nach einem Betrüger und nach einer Person benannt sind, die diesen Betrug staatlicherseits abgesegnet hat.

Carl Peters ist der Begründer der deutschen Kolonie Ostafrika. Er wurde schon nach einigen Jahren wegen einer zu brutalen Amtsführung von seinen Berliner Vorgesetzten von seinem Posten abberufen. Im Reichstag hat ihn August Bebel des Mordes an zwei Hausangestellten beschuldigt. Ein Disziplinargericht hat das genauso gesehen. Erst die Nazis haben Peters voll rehabilitiert und sie haben 1939 ein Stück der „Londoner Str.“ in „Petersallee“ umgetauft. Dies nicht zuletzt wegen seiner besonders krassen rassistischen Ansichten.

Der Kaufmann Adolf Lüderitz hat 1883 dem Volk der Nama u. a. mit Waffen und Alkohol einen Küstenstreifen abgekauft. Das war der Beginn von Deutsch-Südwestafrika. Doch bei diesem Geschäft hat Lüderitz seine Partner kräftig übers Ohr gehauen, weil er eine Definition vom Längenmaß der Meile verwandte, die somit viel länger als die übliche britische Seemeile war. Dieser große Gebietsverlust hat dazu beigetragen, dass sich die Nama 20 Jahre später am Aufstand der Hereros



gegen die deutschen Kolonialherren beteiligt haben, was bekanntlich für sie in einem Völkermord geendet hat.

Gustav Nachtigal, nach dem der „Nachtigalplatz“ benannt ist, - wohlgermerkt mit einem „l“ – war der erste Gouverneur der deutschen Kolonien Kamerun und Togo. Quasi in Amtshilfe hat er auch das Geschäft von Lüderitz im Namen der Reichsregierung beglaubigt, wohlwissend dass es sich dabei um ein Betrugsmanöver handelte.

Mord und Betrug waren auch schon am Ende des 19. Jahrhunderts als Verbrechen gebrandmarkt. Dazu brauchte es nicht erst einer neuen Sicht in der nachkolonialen Zeit. Folglich hat auch der zeitgenössische Volksmund schon von „Hängepeters“ und „Lügenfritz“ geredet. Wegen nichts anderem stehen Carl Peters und Adolf Lüderitz in den Geschichtsbüchern.

Deswegen dürfen ihre Namen nicht länger Berliner Straßenschilder zieren. Denn Personen werden durch Straßennamen geehrt, es ist eine positive Widmung. So will es jedenfalls der Geist des Berliner Straßengesetzes. Aber am Wirken von Carl Peters, Adolf Lüderitz und Gustav Nachtigal ist nichts Positives zu finden, was solcher Ehre wert wäre – ganz im Gegenteil.

Straßennamen sollen eine Orientierung in der Stadt bieten. In ihnen kann sich auch Geschichte widerspiegeln. Man muss allerdings keineswegs durch ein Panoptikum von Verbrechen gehen, sozusagen von der „Petersallee“ bis zur „Mengelestraße“. Man kann auch auf die dunklen Seiten der Geschichte hinweisen, wenn man die positiven Personen einer Epoche hervorhebt, etwa den Widerstand gegen Diktaturen mit Straßennamen ehrt. Wenn die Täter deutscher Kolonialpolitik von den Straßenschildern verschwinden, bedeutet dies nicht, dass die Kolonialzeit aus dem Zeichenbild der Stadt verschwindet. Ein große Zahl von geographischen Straßennamen im Afrikanischen Viertel weist auch dann noch auf die deutsche Kolonialzeit hin.

1986 haben die Weddinger BBV und das Bezirksamt versucht, den bösen Geist von Carl Peters als Namensgeber für die „Petersallee“ loszuwerden. Sie haben den Straßenzug auf den Berliner CDU-Politiker Hans Peters umgewidmet. Der Straßename blieb aber der gleiche, erkennbar wird die Umwidmung nur durch den Hinweis am Straßenschild selbst. Bescheid darüber wissen auch nur die Eingeweihten und das hat Konsequenzen für die Praxis. Sieht man als jemand, der von deutscher Kolonialpolitik etwas Ahnung hat, auf den Berliner Stadtplan findet man die „Petersallee“ umgeben von einer ganzen Reihe afrikanischer Straßennamen und folgert daraus: Es kann sich dabei nur um eine Straße handeln, die Carl Peters gewidmet ist. Was die Weddinger BVV 1986 dazu beschlossen hat, kann ein Außenstehender nicht wissen. (Google-Street ist noch nicht so weit, dass auch die kleinen Hinweisschilder über den Straßenschildern ins Internet gestellt werden.)

So ist es wohl auch dem konservativen Kieler Historiker Michael Salewski ergangen, als er 2005 in der Frankfurter Allgemeine eine neue Peters-Biographie besprach. Er schrieb in seiner Rezension: „Jedoch im 'Afrikanischen Viertel' von Berlin-Wedding (ausgerechnet!) gibt es noch heute die 'Petersallee'“.

Dabei hat Hans Peters sehr wohl einen Straßennamen verdient. Er war Mitglied des Kreisauer Kreises, hat nachweislich Juden vor der Deportation gerettet und in den unmittelbaren Nachkriegsjahren als Juraprofessor eine wichtige Rolle in der Berliner Universität gespielt. Nur wird er in der jetzigen Konstellation andauernd mit dem Kolonialgangster Carl Peters in Verbindung gebracht und das tut seinem Andenken auch nicht gut. Stattdessen sollte man eine Hans-Peters-Straße möglichst weit weg vom bösen Geist des Carl Peters einrichten. Unser Bezirk hat dazu ja in Zukunft durch die Neubaugebiete vielfältige Möglichkeiten.

Vor vier Jahren habe ich selbst noch am Ende eines Seminars zum 100. Jahrestag des Maji-Maji-



Kriegs in Deutsch-Ostafrika argumentiert, man solle, was die Straßennamen selbst angeht, alles beim Alten lassen. Die Petersallee habe man ja schon umgewidmet, Änderungen bedeuteten einen erheblichen bürokratischen Aufwand. Die Anwohner würden sich belästigt fühlen, da sei alles nicht sehr populär und bringe nicht viel.

Heute sehe ich die Sache anders. Denn die Jahrestage, an denen kritische Fragen gestellt werden, – wie zum Beispiel – weshalb immer noch Täter deutscher Kolonialpolitik ausgerechnet in der deutschen Hauptstadt durch Straßennamen geehrt werden, kommen immer wieder. Anderswo, in Köln, Hannover, München und zuletzt auch in Soltau sind solche Straßen schon umbenannt worden. Ende 2009 steht wieder so ein Termin an. Dann begehen wir den 125. Jahrestag der Berliner Afrikakonferenz von 1884, als unter Bismarcks Vermittlung der afrikanische Kontinent um des europäischen Friedens Willen unter den Kolonialmächten endgültig und restlos aufteilt wurde.

Dann ist zu wünschen, dass der Bürgermeister und das BA antworten kann: Ja, wir arbeiten daran.

In der Tat geht eine Umbenennung nicht von heute auf morgen. Aber ein Vierteljahrhundert nach dem letzten Versuch haben sich die Voraussetzungen auch geändert. Die Wohnbevölkerung in den betroffenen Straßen ist heute eine andere und sie wird bei entsprechender Information und Aufklärung einer Umbenennung wohl aufgeschlossener gegenüberstehen.

Schließlich ist vor allem im Wedding und Moabit die afrikanische Community in den letzten Jahren immer größer geworden. Man heißt sie hier auch Willkommen, indem man im Afrikanischen Viertel, wo es eine Menge vertraut klingender Straßennamen gibt, die Täternamen ändert. So vermeidet man, dass AfrikanerInnen ggf. in Straßen wohnen müssen, die Personen gewidmet sind, die die neuen Bewohner expressis verbis als kulturlos und minderwertig betrachteten.

Humor

Ist, wenn man trotzdem lacht!

Jakob M. Mierscheid*

Mitglied des
Deutschen Bundestages



Politische Arbeit

In den ersten Tagen des März haben wir uns mit folgenden Themen beschäftigt:

- Finanzmarktstabilisierungsgesetz
- Finanzmarktstabilisierungsbeschleunigungsgesetz
- TK-Entschädigungs-Neuordnungsgesetz
- Haushaltsgrundsätzemodernisierungsgesetz
- Zahlungsdienstumsetzungsgesetz
- Truppenzollrechtsänderungsgesetz
- Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
- Visawarndateieinrichtungsgesetz
- Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz

Das Kabinett hat sich beschäftigt mit:

- Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung

Aus Europa kommt zu uns die gesetzliche Umsetzung der:

- Triebfahrzeugführerscheinrichtlinie

Der Bundestagspräsident will Deutsch ins Grundgesetz schreiben. Das sagt er einfach so. Und die Regierung schweigt. Er sollte sagen:

- Landessprachenverankerungsgrundgesetzergänzungsgesetz

Das würde die Regierung verstehen.

Bestimmt die Sprache eigentlich das Denken?

* Jakob Maria Mierscheid ist offenbar Abgeordneter des Bundestages in der SPD Fraktion. Keiner hat ihn je gesehen, aber er hat uns diese Infos über die diskutierten Gesetze zugespielt. ;-)

Wirtschaftspolitik verständlich erklärt

Christdemokrat

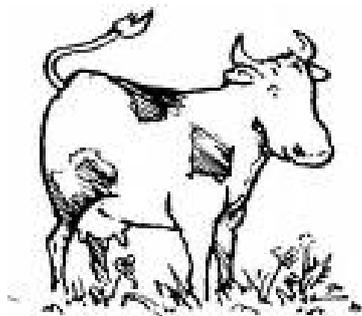
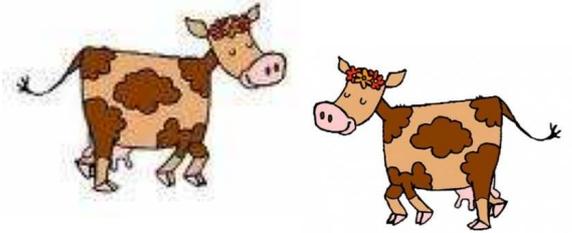
Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine. Sie behalten eine und schenken Ihrem armen Nachbarn die andere. Danach bereuen Sie es.

Sozialist

Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine. Die Regierung nimmt Ihnen eine ab und gibt diese Ihrem Nachbarn. Sie werden gezwungen, eine Genossenschaft zu gründen, um Ihrem Nachbarn bei der Tierhaltung zu helfen.

Sozialdemokrat

Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine. Sie fühlen sich schuldig, weil Sie erfolgreich arbeiten. Sie wählen Leute in die Regierung, die Ihre Kühe besteuern. Das zwingt Sie, eine Kuh zu verkaufen, um die Steuern bezahlen zu können. Die Leute, die Sie gewählt haben, nehmen dieses Geld, kaufen eine Kuh und geben diese Ihrem Nachbarn. Sie fühlen sich rechtschaffen. Udo Lindenberg singt für Sie.



Freidemokrat

Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine. Na und?

Kommunist

Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine. Die Regierung beschlagnahmt beide Kühe und verkauft Ihnen die Milch. Sie stehen stundenlang für die Milch an. Sie ist sauer.

Kapitalist

Sie besitzen zwei Kühe. Sie verkaufen eine und kaufen einen Bullen, um eine Herde zu züchten.

EU-Bürokratie

Sie besitzen zwei Kühe. Die EU nimmt ihnen beide ab, tötet eine, melkt die andere, bezahlt Ihnen eine Entschädigung aus dem Verkaufserlös der Milch und schüttet diese dann in die Nordsee.

Amerikanisches Unternehmen

Sie besitzen zwei Kühe. Sie verkaufen eine und leasen sie zurück. Sie gründen eine Aktiengesellschaft. Sie zwingen die beiden Kühe, das Vierfache an Milch zu geben. Sie wundern sich, als eine tot umfällt. Sie geben eine Presseerklärung heraus, in der Sie erklären, Sie hätten Ihre Kosten um 50% gesenkt. Ihre Aktien steigen.

Französisches Unternehmen

Sie besitzen zwei Kühe. Sie streiken, weil sie drei Kühe haben wollen. Sie gehen Mittagessen. Das Leben ist schön.

Japanisches Unternehmen

Sie besitzen zwei Kühe. Mittels modernster Gentechnik erreichen sie, dass die Tiere auf ein Zehntel ihrer ursprünglichen Größe reduziert werden und das Zwanzigfache an Milch geben. Jetzt kreieren sie einen cleveren Kuh-Cartoon, nennen ihn Kuhkimon und vermarkten ihn weltweit.

Deutsches Unternehmen

Sie besitzen zwei Kühe. Mittels modernster Gentechnik werden die Tiere Re-Designed, so dass sie alle blond sind, eine Menge Bier saufen, Milch von höchster Qualität geben und 160 km/h laufen können. Leider fordern die Kühe 13 Wochen Urlaub im Jahr.

Britisches Unternehmen

Sie besitzen zwei Kühe. Beide sind wahnsinnig.

Italienisches Unternehmen

Sie besitzen zwei Kühe, aber sie wissen nicht, wo sie sind. Während sie sie suchen, sehen sie eine schöne Frau. Sie machen Mittagspause. Das Leben ist schön.



Willkommen im neuen L'escargot!

Seit Anfang 2009 weht ein neuer

Wind (aus dem Mittelmeer ;)

Martino, der Sizilianer und sein Team bieten:

- eine Mediterrane Küche mit frischen Produkten und einer wechselnden Speisekarte
- ein großes Sortiment an Weine, alkoholischen und nichtalkoholischen Getränken
- und ein entspanntes Ambiente in einer der traditionsreichsten Locations mitten im alten Wedding (Mitte).

Ob zu einem Abend allein oder mit Freunden, ob zu einem gemütlichen Essen, oder nur als Abwechslung wir sind für Sie da!

Öffnungszeiten : Mo bis Sa 17:00-24:00
Sonntag : Ruhetag

www.l-escargot.net

Deichgraf



Täglich geöffnet von 9.00 - 2.00

Frühstück ab 9.00

Mittagstisch ab 11.30

Küche bis 23.00



Deichgraf
Gaststätte

Gutbürgerliche Deutsche Küche – seit 1904
Nordufer 10
13353 Berlin
Tel. 030/453 76 13